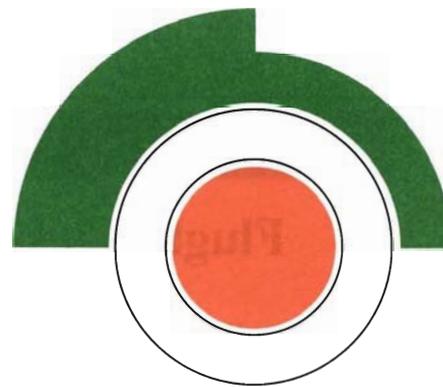


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 20



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 7.12.1999

WORT UND WIDERWORT

Müssen die Flughäfen im Land ausgebaut werden?

Das dynamische Wachstum des Luftverkehrs sowie seine herausragende ökonomische Bedeutung forderten eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Luftfahrtinfrastruktur entsprechend dem prognostizierten Verkehrswachstum. Die Bereitstellung ausreichender Flughafenkapazität sei eine maßgebliche Voraussetzung dafür, die Wettbewerbsstellung des auf optimale Verkehrsverbindungen angewiesenen Wirtschaftsstandortes NRW für die Zukunft zu sichern. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Heinz Hunger**. Der CDU-Abgeordnete **Günter Langen** betont, mit der fortschreitenden Globalisierung nehme die Bedeutung des Luftverkehrs für die wirtschaftliche Entwicklung überall zu, auch in Nordrhein-Westfalen. Dabei dürften nicht nur die unmittelbaren Beschäftigungseffekte von Flughäfen berücksichtigt werden. Fast wichtiger seien indirekte Wirkungen aus Vorleistungsproduktion und Zulieferbetrieben. Der GRÜNE-Abgeordnete **Peter Eichenseher** bekräftigt, die Ausstattung des Landes mit Flughafen-Infrastruktur sei ausreichend, um den künftigen Bedarf abzudecken. Dies beziehe sich auf die Länge der vorhandenen Start- und Landebahnen und die Abfertigungskapazitäten. Nicht mangelnde Kapazitäten seien das Problem, sondern eine veraltete Luftverkehrskonzeption, die Standortkonkurrenzen gefördert habe, anstatt auf Arbeitsteilung und Kooperation zwischen den Standorten zu setzen. (Seite 2)

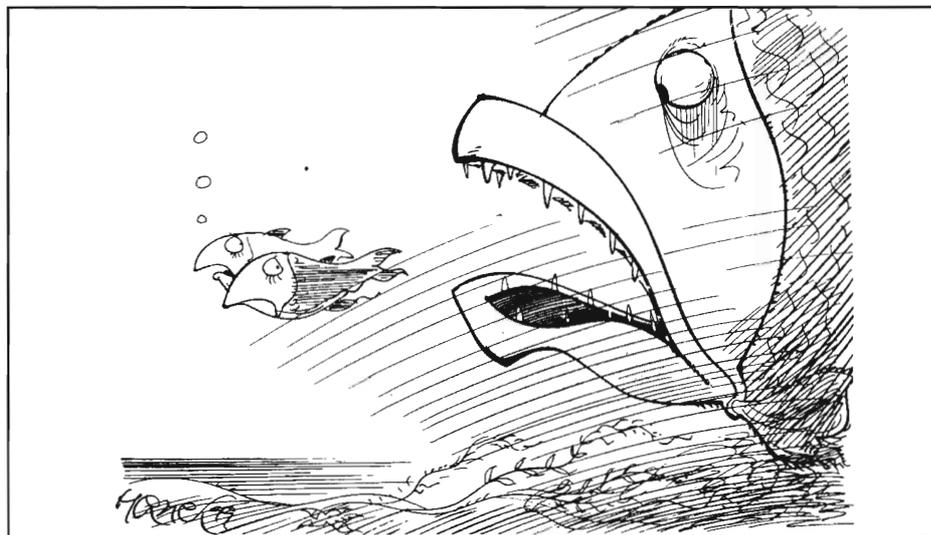
Steuerfahnder und Sonderprüfer werden fortgebildet Besteuerung von E-commerce schwierig

Aus Sicht der Landesregierung müsse verhindert werden, dass sich durch eine faktische Nichtbesteuerung des elektronischen Handels Wettbewerbsnachteile des „traditionellen“ Handels und damit negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ergäben.

Das erklärt Finanzminister Heinz Schluëßer im Einvernehmen mit Wirtschaftsminister Peer Steinbrück (beide SPD) in seiner Antwort auf eine kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Hermann-Josef Arentz und Helmut Diegel zur Besteuerung von Internet-Geschäften. Die Unionspolitiker hatten darauf hingewiesen, dass sich E-commerce, der elektronische Handel im Internet, rasant entwickelt habe. Allein im Jahr 1998 seien in Deutschland rund 1,7 Milliarden Mark im elektronischen Handel umgesetzt worden. Laut Aussage des Bundesfinanzministeriums sei die Finanzverwaltung bei Erfassung und Kontrolle des Internet-Handels vollkommen überfordert.

Schluëßer hält dagegen die personelle und informationstechnische Ausstattung der Finanzbehörden gegenwärtig für ausreichend, um die Besteuerung des E-com-

merce zu sichern. Steuerfahnder und Umsatzsteuer-Sonderprüfer würden durch Steuerfachseminare über E-commerce fortgebildet (Drs. 12/4440).



„Wir fusionieren doch nur, Schätzchen ...“

Zeichnung: Hanel (Kölner Stadtanzeiger)

Die Woche im Landtag

Beteiligungen

Das Parlament möchte über Beteiligungen der Landesregierung an privatrechtlich organisierten Unternehmen informiert werden. (Seite 3)

Sondersitzung

Die Auswirkungen des Berliner Ökosteuer-Gesetzes waren Gegenstand einer von der CDU-Fraktion beantragten Sondersitzung. (Seite 4)

Polizeieinsatz

Die Festnahme von fünf türkischen Staatsangehörigen auf der Düsseldorfer Königsallee führte zu Nachfragen im Innenausschuss. (Seite 8)

Ergänzungsvorlagen

Der Haushaltsausschuss befasste sich mit Änderungsanträgen zum Haushaltsentwurf 2000 und zwei Ergänzungsvorlagen. (Seite 9)

Waldbauern

Die Waldbauern wollen Produkte aus ihrem Privatwald mit Zertifikaten kennzeichnen. Der Staatswald sollte sich beteiligen. (Seite 14)

Paul Mikat

Die „Mikätzchen“ genannten Hilfslehrerinnen haben ihn bekannt gemacht: Paul Mikat. Der Ex-Kultusminister wird 75. (Seite 16)

WORT UND WIDERWORT

Flughäfen sind für Wirtschaftsstandort NRW wichtig

Von
Heinz Hunger

Das dynamische Wachstum des Luftverkehrs sowie seine herausragende ökonomische Bedeutung fordern eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Luftfahrtinfrastruktur entsprechend dem prognostizierten Verkehrswachstum. Die Bereitstellung ausreichender Flughafenkapazität ist eine maßgebliche Voraussetzung dafür, die Wettbewerbsstellung des auf optimale Verkehrsverbindungen angewiesenen Wirtschaftsstandortes NRW für die Zukunft zu sichern. In NRW sind 1998 über 24 Millionen Fluggäste und über 430 000 Tonnen Fracht abgeflogen. Die Wachstumsraten liegen im Personenverkehr bei 4,5 Prozent und im Luftfrachtverkehr bei sechs Prozent.

Das multizentrale nordrhein-westfälische Flughafensystem spiegelt die Wirtschafts- und Siedlungsstruktur in unserem Lande wider und muss durch Fortschreibung der nordrhein-westfälischen

SPD: Verkehrsinfrastruktur muss Herausforderungen annehmen

Luftverkehrskonzeption entsprechend der Luftverkehrsnachfrage angepasst und weiterentwickelt werden.

Da der Luftverkehr Bestandteil umfangreicher Mobilitäts- und Transportketten ist, kann das Luftfahrtsystem nur dann effizient arbeiten und sich dem intermodalen Wettbewerb öffnen, wenn an keinem Glied der Mobilitäts- und Transportkette Engpässe bestehen. Die Kapazitäten entlang jeder Transportkette müssen aufeinander abgestimmt werden, das heißt, dass auch die Flugsicherung sowie die Anbindung der Flughäfen an bodengebundene Verkehrsträger entsprechend dem Verkehrsbedarf ausgebaut werden müssen. Dies erfordert eine integrierte Gesamtverkehrsplanung die für uns das Kernelement zukunftsweisender Verkehrspolitik ist und die Umweltverträglichkeit des Luftverkehrs weiter verbessern wird. Parallel zum Ausbau der Luftverkehrsinfrastruktur ist die Schadstoff- und Lärmbelastung weiter herabzusetzen sowie eine Verbesserung der Umweltverträglichkeit von Flugkraftstoffen anzustreben. Die Novellierung des Fluglärmggesetzes, eine Optimierung der lärmgeminderten An- und Abflugverfahren sowie die Einführung von Nachtflugbeschränkungen für laute Flugzeuge und die Verbesserung des Schallschutzes sind weitere den Ausbau begleitende Maßnahmen.

Von
Günter Langen

Die CDU-Landtagsfraktion NRW misst der Luftverkehrspolitik in den nächsten Jahren eine weiter wachsende Rolle zu. Mit der fortschreitenden Globalisierung nimmt die Bedeutung des Luftverkehrs für die wirtschaftliche Entwicklung überall zu, auch in NRW. Dabei dürfen nicht nur die unmittelbaren Beschäftigungseffekte von Flughäfen berücksichtigt werden. Fast wichtiger sind indirekte Wirkungen aus Vorleistungsproduktion und Zulieferbetrieben.

Hinzu kommen die Standortvorteile einer leistungsfähigen Luftverkehrsanbindung. Viele Unternehmen sind auf eine solche Anbindung angewiesen, um ihre Absatzmärkte zu erreichen und um selbst erreichbar zu sein. Wegen des hohen Exportanteils der Wirtschaftsleistungen in NRW tritt die

CDU: NRW braucht leistungsfähige Flughäfen

CDU-Landtagsfraktion NRW seit langem für eine Stärkung des Luftverkehrs durch das Land ein. Dazu muss das Luftverkehrskonzept des Landes aus dem Jahr 1992 überarbeitet werden. Durch eine Stärkung von Kooperationen und eine Dezentralisierung der Luftverkehrsleistungen können Belastungen an einzelnen Standorten reduziert werden, aber auch neue Potentiale erschlossen werden.

Die CDU-Fraktion setzt sich für eine Reduzierung der Belastungen für Mensch und Umwelt durch Lärm und Schadstoffemissionen ein. Dazu muss auf den Einsatz modernerer Maschinen, die Verlagerung von Kurzstreckenverkehr auf die Schiene und eine Optimierung von An- und Abflugrouten an den Flughäfen hingewirkt werden. Bei der Überarbeitung des Luftfahrtsystemkonzeptes sollte auch darüber nachgedacht werden, ob eine Lärmbegrenzung für den Nachtflugverkehr über eine stärkere Gebührenspreizung - etwa am Flughafen Köln/Bonn - erreicht werden kann. Die CDU-Fraktion spricht sich in diesem Zusammenhang für einen intensiven Dialog mit den Anwohnern wie den Flughafenbetreibern aus.

Von
Peter Eichenseher

Die Ausstattung des Landes mit Flughafen-Infrastruktur ist ausreichend, um den künftigen Bedarf abzudecken. Dies bezieht sich auf die Länge der vorhandenen Start- und Landebahnen und die Abfertigungskapazitäten. Nicht mangelnde Kapazitäten sind das Problem des „Luftverkehrsstandortes NRW“, sondern eine veraltete Luftverkehrskonzeption, die Standortkonkurrenzen gefördert hat, anstatt auf Arbeitsteilung und Kooperation zwischen den Standorten zu setzen. Dies führt landes- und bundesweit zu einer ineffizienten Standortstruktur. Die derzeit an allen Flughäfen diskutierten Ausbauvorhaben gehen insgesamt weit über den prognostizierten Bedarf hinaus. Blickt man über die Grenzen des Landes hinaus, verschärft sich dieses Problem. Insbesondere die Konkurrenz mit den Nachbarländern der EUREGIO führt zu ökonomisch nicht verantwortbaren Planungen sowie zu Sozial- und Umweltdumping. Eine völlige Engpassfreiheit kann es im Bereich Luftverkehr nicht geben. Ebenso wie der Straßen- und Schienenverkehr wird auch der Luftverkehr dauerhaft mit tages-

GRÜNE: Flughafen-Infrastruktur im Land ist ausreichend

zeitlichen und regionalen Restriktionen leben müssen. Ein forciertes Ausbau gegen alle umweltpolitische und volkswirtschaftliche Vernunft würde im dichtbesiedelten Mitteleuropa immer wieder an der begrenzten Kapazität des Luftraumes scheitern. Konflikte mit Naturschutzinteressen und Lärmschutz an den Flughafenstandorten setzen einzelnen Standorten Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen. So hat beispielsweise der Flughafen Düsseldorf diese Grenze längst erreicht. Er sollte deshalb auf qualitatives Wachstum setzen und nicht weiter die Illusion eines weiteren Ausbaus aufrechterhalten.

Damit NRW als Luftverkehrs-Standort weiterhin seine Attraktivität behält, ist eine Kooperation der Flughäfen unabdingbar. Statt Konkurrenz untereinander sollte eine den jeweiligen Rahmenbedingungen angepasste Aufgabenverteilung vorgenommen werden. Bei einer engen Zusammenarbeit zwischen den Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn könnte das Flugangebot ideal auf den Gesamtmarkt in NRW abgestimmt werden.

NRW braucht dringend eine neue, zukunftsfähige Luftverkehrskonzeption, die mit der Bundes- und europäischen Ebene abgestimmt ist.

Wirtschaftlich defizitäre Regionalflughäfen und Landeplätze sollten nicht durch Subventionen erhalten werden. Stattdessen müssen Kurzstreckenflüge konsequent auf die Bahn verlagert werden. Damit werden auch an den Großflughäfen Kapazitäten freigemacht, die durch wirtschaftlich attraktivere Fluglinien ersetzt werden können.

Hauptausschuss berät auch über Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes

Parlament beansprucht Auskunftsrecht bei Privatisierung

Der Hauptausschuss des Landtags unter der Leitung seines Vorsitzenden Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) hat am 25. November auf Antrag der CDU-Fraktion über eine Kontrolle der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes und in Verbindung damit über die Parlamentarische Kontrolle des Engagements der Landesregierung in privatrechtlich organisierten Unternehmen und der Verantwortung von Parlamenten und Regierung bei Privatisierung beraten. Dammeyer gab der Hoffnung Ausdruck, dass der Ausschuss in seiner Sitzung am 20. Januar 2000 zu einem Beratungsergebnis kommen werde. Wenn es erforderlich sei, sollte auch „das Instrument Landtagspräsident, Ministerpräsident, Fraktionsvorsitzende“ noch einmal eingeschaltet werden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion, Lothar Hegemann, wies darauf hin, dass es ein Auftrag sei, der aus der Diskussion über das Medienkompetenzzentrum in Marl entstanden sei. Nun habe man eine gemeinsame Erarbeitung von Landesregierung und Parlament. Er denke, dass das Ergebnis mit seinen Alternativvorschlägen in Ordnung sei. „Es gibt Handlungsbedarf“, unterstrich der CDU-Politiker. Es sei wohl unstrittig zwischen Landesregierung und Landtag, dass es ein Auskunftsrecht des Parlamentes gebe, wo zum Beispiel Haushaltsmittel hingeflossen seien. „Und deshalb meinen wir, wir sollten hier eine Regelung treffen, die verbindlich ist, dass die Fachausschüsse aufgrund eines festgestellten Wirtschaftsplans eines Wirtschaftsprüfers eine Diskussionsmöglichkeit über die Beteiligungen haben, die in ihr Ressort fallen“, betonte Hegemann. Vorgesehen sei auch, dass es eine Berichtspflicht geben könne“, wenn wir dies festlegen.“ Er folgerte: „Dies wollen wir so!“ Man halte es nicht für unbedingt sinnvoll, dass der Landesrechnungshof diese Firmen auch noch prüfe, aber für sinnvoll, dass ein Wirtschaftsprüfer einen Bericht vorlege und auf der Basis dieses Berichtes der Landtagsfachausschuss darüber debattieren könne. „Wir wollen als Grundlage dafür natürlich nicht die Verfassung ändern, das wäre sicherlich zu hoch gegriffen.“ Der Sprecher bekräftigte indessen, man wolle aber auch keine freiwillige Selbstverpflichtung der Landesregierung akzeptieren, sondern man würde dieses ganz gerne in der Haushaltsordnung des Landtags festschreiben.

Nach seinem Verständnis gehe es darum, sich heute dem Problem anzunähern, auch abzutasten, „ob wir letztlich gemeinschaftlich hier eine Position beziehen können“, sagte der Sprecher der SPD-Fraktion, Reinhard Grätz. Man müsse sich ja hier auf bestimmte Verfahrensschritte einigen. Dazu habe die gemeinsame Arbeitsgruppe einen Instrumentenkatalog vorgelegt und man müsse gucken, welche Instrumente man als wirksam auswähle. Dabei müsse auch sichergestellt werden, dass Parlament und Regierung ihre Aufgaben nicht vermischten. Es erscheine ihm sehr wichtig, dass die Regierung für sich selbst noch einmal umreißt, wo sie eigentlich ihre Kernaufgaben sehe, in denen das Parlament — er sage das in Anführungszeichen — „nichts zu suchen



Bei der Sitzung: Ausschussvorsitzender Professor Dr. Manfred Dammeyer und Ausschussassistentin Maria-Anna Schmitz.
Foto: Schälte

hat“, außer eben über die Möglichkeiten, „die uns über den Haushalt gegeben sind“. Der SPD-Sprecher folgerte: „Das ist klar, die bleiben uns ja in der Regel erhalten.“ Die Regierung sollte einmal darüber nachdenken, wo sie da ihre Positionen habe, damit das Parlament seine Informations- oder auch Beteiligungsrechte seinerseits klar formulieren könne. Grätz erinnerte daran, dass das Grundinstrumentarium in Nordrhein-Westfalen vorhanden sei. Man habe die in einem festen Rhythmus erstatteten Beteiligungsberichte der Landesregierung innerhalb ihres Finanzberichts. Dort würden alle wesentlichen Informationen gegeben. Die Frage werde sein, ob sie ausreichen und ob das Parlament Ansatzpunkte sehe, um diese Informationsmöglichkeiten in Beteiligungsmöglichkeiten weiterzuentwickeln. Der SPD-Sprecher erklärte sich mit dem CDU-Sprecher einer Meinung, dass man hier nichts verfassungsmäßig allzu hoch aufhängen müsse. Reinhard Grätz schloss: „Alles in allem: Wir sind schon interessiert, dass die Positionen des Parlaments sowohl bei der Information wie bei der Beteiligung deutlich festgeschrieben werden.“ Grundsätzlich schienen dem Fraktionssprecher der GRÜNEN, Roland Appel, zwei Bereiche wichtig. In der Frage der Privatisierung sah er schon die Verlagerung von Aufgaben. Es werde ja unterschieden in völlige Privatisierung, Organisationsprivatisierung in öffentlichen Eigenbetrieben oder Mischformen. Der öffentliche Eigenbetrieb sei noch der relativ unproblematischste Fall, bei dem man eine grundsätzliche Vereinbarung treffen könne. Höchst problematisch werde es bei den Mischformen, und die würden in der Zukunft zunehmen. Der Fraktionssprecher sah es denn auch als eines der wesentlichsten Ergebnisse der Arbeitsgruppe, dass man sage, wenn solche Aufgabenverlagerungen getroffen würden, müssten Einfluss und Kontrolle des Parlaments über die Frage, ob Privatisierung getroffen oder ein Eigenbetrieb gegründet werde, im Parlament ausführlich diskutiert und genau geprüft werden, weil sonst das Parlament damit ein Stück Kontrollrecht abgebe. Da stelle

sich dann die Frage, wo sozusagen der Kernbereich sei, den die öffentliche Hand überhaupt nicht abgeben dürfe. Zum zweiten warf Appel die Frage auf, wo das angesiedelt werde. Er wandte sich dagegen, in die Verfassung hineinzuschreiben. Wenn überhaupt sei das eine einfachgesetzliche bzw. eine Frage der Haushaltsordnung oder der Geschäftsordnungen von Landtag und Landesregierung.

Staatssekretär Ernst Gerlach vom Finanzministerium des Landes widersprach der Meinung, dass das, was der Bericht der Arbeitsgruppe enthalte, auch Meinung der Landesregierung sei. „Das ist nicht der Fall.“ Es handele sich um ein analytisches Papier, das einen ganzen „Instrumentenkoffer“ offeriere, über dessen Gewichtung und Einsatz man noch diskutieren müsse. Auch innerhalb der Landesregierung bedürfe es einer Diskussion, die insgesamt dazu noch nicht gehört und auch keine Stellungnahme erarbeitet habe. Er denke, sagte Gerlach, dass die inhaltliche Diskussion über die Frage, wie die unbestrittenen Informations- und Kontrollrechte des Parlaments auch bei entsprechender Privatisierung sichergestellt seien, unter unterschiedlichen Gesichtspunkten zu werten sei. Das habe einmal mit der Frage aktienrechtlicher und GmbHrechtlicher sowie sonstiger Regelungen, aber auch mit der Frage des Verhältnisses von Exekutive und Legislative zu tun. Der Staatssekretär folgerte: „Ich glaube schon, dass sich auch an dieser Stelle die Frage, inwieweit es einen entsprechenden Kernbereich exekutiver Aufgabenwahrnehmung gibt, natürlich in der Frage niederschlägt, welche Instrumente aus dem Instrumentenkoffer wirklich notwendig sind und zwingend gebraucht werden.“

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Heinz Hardt, vertrat die Meinung, da man ins dritte Jahrtausend komme, seien auch im Demokratieverständnis des Parlamentes mit der Exekutive Dinge durchaus anders zu beherrschen, „als wie das bisher herkömmlich tradiert der Fall gewesen ist“ (Drs. 12/2757).

Clement: Über das erzielte Ergebnis bei der Ökosteuer „sehr glücklich“

CDU unterstreicht in Sondersitzung weiter ihre Sorge um Arbeitsplätze

„Die im Bundestag verabschiedete Ökosteuere reform hat für Nordrhein-Westfalen verheerende Auswirkungen für Braun- und Steinkohle sowie für Arbeitsplätze“ — über dieses Thema debattierte auf Antrag der CDU-Fraktion der Landtag am 24. November im Rahmen einer Sondersitzung. Am Ende wurde der Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN (Drs. 12/4454) angenommen; der Antrag der CDU (Drs. 12/4453) fand keine Mehrheit.

Laurenz Meyer, CDU-Fraktionsvorsitzender, kritisierte das Hin und Her beim Zustandekommen des Ökosteuergesetzes und hielt der SPD vor, der grüne Koalitionspartner habe bei der Ausnahmeregelung für moderne Gaskraftwerke mit dem Abgehen vom Jahreswirkungsgrad zum Messverfahren „elektrische Leistung“ für eine Verschärfung der Anforderungen um zwei bis drei Prozent gesorgt. Das stehe im Gesetz und könne nicht einfach mit einer Verordnung konterkariert werden, wie der nordrhein-westfälische Ministerpräsident den Eindruck zu erwecken versuche. Diese Verschärfung sei wieder rückgängig zu machen, forderte er, „wenn hier Sicherheit für die Arbeitsplätze im Braunkohleabbau und in der Steinkohle gesichert werden soll“. So seien „Freudenfeiern“ herzulande überhaupt nicht angebracht, fand er. Die Haltung von Clement zum Gesetz beschrieb als „Beinahe-Dauersalto“, wer „in seiner Panik so herumredet“, sei in schwärz-



Laurenz Meyer (CDU)

gen Fragen nicht mehr geeignet, sich „wirklich mit kühlem Kopf um die Probleme des Landes zu kümmern“.

Dr. Manfred Dammeyer, SPD-Fraktionsvorsitzender, dankte dem Ministerpräsidenten: „Er hat von Anfang an eine klare Linie verfolgt und die Zukunftschancen der heimischen Stein- und Braunkohle gesichert.“ Dammeyer: „Die heimische Braunkohle bleibt wettbewerbsfähig, die Arbeitsplätze in der Braunkohle sind sicher, Garzweiler II kommt, und das Kraftwerkenerneuerungsprogramm im Umfang von 20 Milliarden DM wird fortgeführt. Das ist gut für unser Land, und das ist gut für die Bergleute und ihre Familien.“ Der Frak-

tionsvorsitzende dankte Bundeskanzler Schröder für sein großes Engagement und auch der CDU im Lande, „weil Sie uns die Chance gegeben haben, diese Sondersitzung durchzuführen“. Die Union habe Zerstrittenheit zwischen Bundes- und Landesregierung vorführen wollen, aber „das ist Ihnen alles genommen, aus und vorbei“. Der CDU warf er vor, sie habe aus vordergründigen parteipolitischen Motiven die Ängste und



Prof. Dr. Manfred Dammeyer (SPD)

Sorgen der Bergleute missbraucht. Mit den Bestimmungen des Ökosteuergesetzes trete der befürchtete Wettbewerbsnachteil der Braunkohle nicht ein. Auf die von der Union verlangten „verwaltungstechnischen Beckmessereien“ lasse sich die SPD nicht ein.

Sylvia Löhrmann, Sprecherin der GRÜNE-Fraktion, verteidigte die ökologische Steuerreform als historische Wende in der Steuerpolitik. Die Einnahmen würden an die Bürgerinnen und Bürger sowie an die Unternehmen zurückgegeben. Das Gesetz sichere Hunderttausende von Arbeitsplätzen und sei eine wichtige Grundlage für den Klimaschutz. Gas bei der Stromproduktion sei bisher zweimal besteuert worden (Mineralölsteuer und Stromsteuer), die GRÜNEN hätten durchgesetzt, dass die Befreiung der Kraftwerke von der Mineralölsteuer auch bei den weiteren Ökosteuerstufen beibehalten werde. Zudem biete die im Gesetz vorgesehene befristete Befreiung hocheffizienter Gas- und Dampfturbinenkraftwerke den Anreiz dazu, dass diese (GuD)-Zukunftstechnologie mit höchsten Wirkungsgraden zur Marktreife entwickelt werden und als Prototyp in Deutschland gebaut werden könne. Über Garzweiler II entscheide nicht die Ökosteuer oder die Mineralölsteuerbefreiung, „entscheidend sind die Entwicklungen des liberalisierten europäischen Energiemarktes“.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) hielt der CDU vor: „Der politische Wirkungsgrad Ihrer Vorwürfe gegen die Landesregierung, Herr Meyer, ist jedenfalls gegen Null tendierend.“ Er sei, sagte er unter Hinweis auf kritische Äußerungen führender Unionspolitiker zur Braunkohle und zu Garzweiler, die „Scheinheiligkeit in diesen Diskussionen wirklich leid“. Er sei über das in Berlin erzielte Ergebnis „sehr glücklich“, weil damit die Ökosteuerreform fortgesetzt werde, die allerdings seiner Überzeugung nach in europäischem Rahmen zu erfolgen habe. Zudem werde die vorgesehene Steuerbefreiung für GuD-Kraftwerke auf den 31. März 2003 befristet — bis dahin sei der Investor in der Lage, das vorgesehene Kraftwerk in

Mecklenburg-Vorpommern zu errichten. Der Wirkungsgrad, seine Einhaltung und Überwachung seien Detailfragen, die beim Erlass der allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu bedenken seien. Den Definitionen unterlägen auch nicht nur GuD-Kraftwerke, sondern alle im Mineralölsteuergesetz genannten Brennstoffe. Clement: „Das ist Verwaltungshandeln.“ Das Investment in Garzweiler II, das mit der RWE Energie vereinbarte Kraftwerkserneuerungsprogramm sei durch die Ökosteuerreform nicht gefährdet, fuhr der Ministerpräsident fort: „Garzweiler kann kommen, Garzweiler wird kommen, soweit die Genehmigungsvoraussetzungen durch die Landesregierung zu schaffen sind.“

Laurenz Meyer (CDU) forderte Ministerpräsident Clement auf zu klären, mit welchem Messverfahren der Wirkungsgrad der Gaskraftwerke ermittelt werden soll. Da das Messverfahren darüber entscheide, in welchem Umfang Gas bevorzugt werde, hingen von der Ermittlung des Wirkungsgrades Arbeitsplätze in der Braunkohle ab. Obgleich das RWE den Jahresnutzungsgrad als Messverfahren fordere, werde das Messverfahren im Entschließungsantrag nicht geklärt.

Dr. Manfred Dammeyer (SPD) behauptete, die CDU habe die Sondersitzung gewollt, damit der Ministerpräsident erkläre, dass er am Freitag gegen die Bundesregierung stimmen werde. Nun aber komme es zu keinem „Shoot-down“.

Roland Appel (GRÜNE) stellte fest, dass im Gesetzentwurf, dem Nordrhein-Westfalen zustimmen werde, der elektrische Wirkungsgrad als Nutzungsgrad festgelegt sei. Dieses Gesetz werde beschlossen, damit die zweite Stufe der Ökosteuer komme. Das Zeitfenster sei ein Beschleunigungsprogramm für Investitionen in GuD-Kraftwerke. Gaskraftwerke



Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD)

würden den Kohlekraftwerken gleichgestellt, da auch diese von der Mineralölsteuer befreit seien.

Wolfgang Clement, Ministerpräsident, erklärte, dass über den Wirkungsgrad in Verwaltungsvorschriften entschieden werde. Das Kraftwerkserneuerungsprogramm sei durch die Landesregierung niemals gefährdet gewesen. An den geplanten Investitionen in die Braunkohle und an dem Kraftwerkserneuerungsprogramm werde — nach Unternehmensangaben — festgehalten.

Laurenz Meyer (CDU) wiederholte, dass die RWE auf den Jahresnutzungsgrad abstelle.

Da sich zu dieser Voraussetzung aber kein Wort in der Entschließung von SPD und GRÜNEN finde, forderte er den Ministerpräsidenten auf, in dem Entschließungsantrag das Messverfahren verbindlich auf den Jahresnutzungsgrad abzustellen.

Bärbel Höhn (GRÜNE), Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, bekräftigte, dass die Landesregierung bezüglich des Messverfahrens ein Verfahren nach Recht und Gesetz durchführen werde. Die Politik solle die Entscheidung über das Investitionsprogramm dem Unternehmen überlassen.

Werner Bischoff (SPD) machte für die Sozialdemokraten und für die Gewerkschaft IG BCE deutlich, dass davon ausgegangen werde, dass Garzweiler II komme. Die notwendigen Grundlagen dafür seien gelegt.

Laurenz Meyer (CDU) erweiterte im Namen der CDU-Fraktion den Entschließungsantrag. Der Landtag solle die Landesregierung auffordern sicherzustellen, dass der Wirkungsgrad der GuD-Kraftwerke auf der Grundlage des Jahresnutzungsgrades gemessen werde.

Wolfgang Clement, Ministerpräsident, unterstrich, dass es bei der Entscheidung bleibe, die Messmethode durch Verwaltungsvorschriften zu regeln. Für diese Regeln seien Bundesminister zuständig.

Dr. Manfred Dammeyer (SPD) erklärte, dass der Antrag der CDU-Fraktion insgesamt abgelehnt wird.



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Fotos: Schälte

Laurenz Meyer (CDU) forderte den Ministerpräsidenten erneut auf, zu klären, ob der strittigen Forderung des RWE-Vorstandes entsprochen werde oder nicht.

Wolfgang Clement, Ministerpräsident, erklärte, dass die Vereinbarungen der Berliner Koalition, beschlossen unter der Führung des Kanzlers, von der Koalition in Düsseldorf ohne Punkt und Komma unterstützt werden.

Laurenz Meyer (CDU) stellte für die CDU-Fraktion fest, dass die SPD-Fraktion — um der Stabilität des rot-grünen Bündnisses willen — die gemeinsame Fraktion zugunsten von Garzweiler II verlassen habe.

Wolfgang Clement, Ministerpräsident, nannte es absurd, aus der Entscheidung für eine zusätzliche GuD-Anlage eine Gefährdung für Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen abzuleiten.



Mit der Kamera festgehalten: Landtagspräsident Ulrich Schmidt (stehend) übergibt die Leitung während der Sondersitzung an Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose. Sie werden unterstützt von den Präsidiumsmitgliedern Ursula Monheim (CDU, l.) und Erika Rothstein (SPD, r.).
Foto: Schälte

NRW für öffentlichen Erwerb der Handschrift des Nibelungenliedes

Seit längerem sei der Landesregierung bekannt, dass die im Eigentum der Fürsten zu Fürstenberg stehende und in deren Schloss in Donaueschingen verwahrte Handschrift C des Nibelungenliedes aus dem 13. Jahrhundert verkauft werden solle. Darauf verweist die nordrhein-westfälische Kulturministerin Ilse Brusis (SPD) in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Dr. Hans Horn.

Der Unionspolitiker hatte ebenfalls darauf aufmerksam gemacht, dass die Handschrift aus privatem Besitz zum Verkauf angeboten werde. Da es sich hier um ein herausragendes Dokument der deutschen Sprach- und Kulturgeschichte handele, stünden die Bundesländer in der unabdingbaren Verantwortung, diese Handschrift für eine öffentliche Bibliothek zu erwerben und so den drohenden Verlust dieser Handschrift für die Öffentlichkeit zu vermeiden. Horn fragte, welche Schritte vom Land Nordrhein-Westfalen unternommen worden seien, um in Absprache mit den übrigen deutschen Bundesländern den notwendigen Erwerb zu tätigen. Die Ministerin weist darauf hin, dass die Handschrift C in dem Gesamtverzeichnis national wertvollen Kulturgutes nach dem Gesetz zum Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung (Teil A) eingetragen sei und somit das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht verlassen könne. Es handele sich um den längsten bekannten Text des Nibelungenliedes und zudem um ein sehr gut erhaltenes Exemplar. Der Verkäufer fordere für die bibliophile Rarität 25 Millionen Mark. Interesse an einem Erwerb der Handschrift hätten Baden-Württemberg für die Universitätsbibliothek Heidelberg bzw. die Staatsbibliothek in Stuttgart, das Land Bayern für die Staatsbibliothek

in München und schließlich die Stiftung Preußischer Kulturbesitz für die Staatsbibliothek in Berlin. Die Kulturstiftung der Länder, der an einem Übergang der Handschrift in öffentliches Eigentum gelegen sei, habe sich in die Kaufverhandlungen eingeschaltet. Nach ihrer Auffassung sollten Baden-Württemberg oder Bayern das erste Zugriffsrecht auf die Handschrift haben. Angesichts des hohen Preises könnte auch an gemeinsamen Erwerb, etwa durch zwei Länder und mehrere Bibliotheken, gedacht werden.

Frau Brusis betont im Namen der Landesregierung, die bisher bekannt gewordenen Kaufinteressenten verfügten über geeignete Einrichtungen und Orte zur Aufbewahrung und Präsentation der Handschrift. Die Interessenten entschieden eigenständig darüber, ob sie den Erwerb tätigten. Bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz wirke das Land Nordrhein-Westfalen im Stiftungsrat mit, in dem über die Kaufentscheidung zu befinden sei.

Die Kulturstiftung der Länder sei diejenige Fördereinrichtung der Länder, die die frühzeitige Koordination der Meinungsbildung einleite. So sei dies auch in diesem Fall geschehen. Inwieweit der geforderte Kaufpreis angemessen sei und von dem potentiellen Käufer aufgebracht werden könne, sei noch nicht entschieden. Das Land Nordrhein-Westfalen unterstütze gemeinsame Anstrengungen zum Erwerb im Rahmen der Kulturstiftung der Länder und — soweit es zu einer positiven Entscheidung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz komme — auch im Rahmen dieser Stiftung. Die Entstehungsgeschichte und die bisherigen Eigentümer legten eine Erwerbsabsicht seitens des Landes Nordrhein-Westfalen nicht nahe (Drs. 12/4452).

Entwurf zum Hochschulgesetz auf dem Prüfstand der Betroffenen

Das Verhältnis zwischen Staat und Hochschulen neu bestimmen, Selbstverantwortung und autonome Handlungsfähigkeit der Hochschulen stärken und die Gruppenuniversität sichern – das soll mit dem neuen Hochschulgesetz (HG) erreicht werden, zu dem die Landesregierung ihren Entwurf (Drs. 12/4243) vorgelegt hat. Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung bot unter Vorsitz von Sylvia Löhrmann (GRÜNE) den Hochschulen, Interessenvertretungen und Expertinnen und Experten Gelegenheit, im Rahmen einer öffentlichen Anhörung am 1. Dezember ihre Standpunkte zum HG den Abgeordneten des Landtags vorzutragen.

Professor Dr. Karl-Peter Grottemeyer (Bielefeld) wandte sich dagegen, dass auch der vorliegende Gesetzentwurf den Kanzler zum Vertreter des Rektors macht. Es sei nicht gerechtfertigt, mahnte er mit Blick auf die zum Teil langandauernden Schwierigkeiten mit dieser Regelung, ein Mitglied der Hochschule so herauszuheben. Ziel müsse ein Rektorat sein, das effektiv und wirkungsvoll die Entwicklung der Hochschule strategisch steuere. Kritik auch an der vorgesehenen Gemeinsamen Kommission für die Studienreform, die 1972 eingerichtet worden sei und als Gremium in der Praxis nur Aufträge aus dem Ministerium erhalten habe, wie Grottemeyer sarkastisch anmerkte. Er sei der Meinung, Wissenschaft sei nicht erlernbar „durch die Einnahme von Substanzen“: ihre Prinzipien zu erfassen, sei ein

„duktiv“ an. Es sei nicht sinnvoll, in dieses Leitungsorgan nur Professoren zu entsenden, so entstehe bloß der Eindruck, nur eine Gruppe habe an der Spitze etwas zu sagen. Damit seien die getroffenen Entscheidungen nur schwer in die Hochschule zu vermitteln. Wieland: Die Hochschule soll darüber in Eigenverantwortung entscheiden können.

Der frühere Rektor der Fernuniversität Hagen und jetzige Hochschullehrer an der Humboldt-Universität Berlin, Professor Dr. Ulrich Battis, erinnerte an einen „sehr wichtigen Satz“, der laute: „Universitäten sind älter als der Staat und als kapitalistische Unternehmungen.“ Er warnte davor, das Modell des Gesetzentwurfs, für mehr Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit im Hochschulbereich die Voraussetzungen zu schaffen, „auf die

Duisburger Rektor Professor Dr. Ingo Wolff die Befürchtung, das Gesetz hindere die Gesamthochschulen im Lande daran, sich so weiterzuentwickeln wie die anderen Partner im Wettbewerb. Die an den Gesamthochschulen mögliche Zugangsberechtigung (Fachoberschulreife für die „integrierten“ Studiengänge) sollte auch auf die klassischen Universitäten übertragen werden. Die „deutliche Klassifizierung“ im Lehrkörper der Gesamthochschulen zwischen a- und b-Professoren sei aufzuheben, sonst werde die Chance vertan, die Probleme der Gesamthochschulen zu lösen und ihre Erfolge in bestimmten Bereichen für die gesamte Hochschullandschaft nutzbar zu machen.

Professor Dr. Volker Ronge, Rektor der GH Wuppertal, hielt nichts von einer „halbierten Unternehmersierung“ der Hochschulen: Entweder ganz oder besser gar nicht, fand er. Denn der halbe Schritt werde die Leistungsmöglichkeiten der Hochschulen „negativ tangieren“. Den Unternehmensleitungen in den Hochschulen müsse es möglich sein, die Signale des Marktes aufzunehmen, umzusetzen und nach innen zu vertreten. Aber die „Friktionen zwischen Markt und inneren Strukturen“ würden nicht aufgelöst: Ein Unternehmen mit Beamtenstatus seiner Mitarbeiter sei „absurd“. Sein Urteil: „Das unternehmerische Leitbild des Gesetzes folgt eher sozialistischen Vorbildern als dem Markt.“ Damit werde eine Menge unlösbarer Probleme in den Hochschulen erzeugt.

In eine ähnliche Richtung wies die Stellungnahme von Professor Dr. Michael Daxner von der Oldenburger Universität: „Die Ministerien behandeln unsere Hochschulen immer noch wie die DDR ihre volkseigenen Betriebe“, klagte er und fügte hinzu, öffentliche Unternehmen könnten keine staatliche Veranstaltung sein, bei öffentlich-rechtlicher Funktion unter der Treuhandverwaltung der Ministerien. Ein Senat, wie der Entwurf vorsehe, könne auch wegfallen, urteilte er unter Beifall aus dem Kreis der Teilnehmer an diesem Hearing. Ein Senat müsse mindestens das Recht haben, Grundsätze der Haushaltsentwicklung der Hochschule verbindlich vorzugeben. Alles in allem werde der Entwurf zu sehr von etatistischen Vorstellungen geprägt. Es werde den Hochschulen vieles vorgegeben, sie hätten in ihren Grundordnungen nichts mehr zu regeln – das mache eine Profilbildung durch unterschiedliche Strukturen unmöglich.

Lob kam aus Bayern, wo ein umfassendes Hochschulreformgesetz bereits in kraft getreten ist, wie Ministerialrat Johann Störle vom Münchner Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mitteilte. Die nordrhein-westfälischen Zielsetzungen entsprächen in wesentlichen Teilen den bayerischen, urteilte er, vor allem was Steuerungsinstrumente, Leitungsverstärkung, Einführung eines Hochschulrats, Fortführung der Studienreform angehe. Kritisch äußerte sich Störle zur Öffnung der Hochschulverfassung und zum Abbau des Einflusses der Gruppe der Professoren, zur lediglich beratenden Funktion des Hochschulrats bei Entwicklung, Profilbildung und Schwerpunktsetzung der Hochschule und zur Regelstudienzeit, deren Überschreitung in NRW – anders als in Bayern – keine Sanktionen nach sich ziehen solle.

(wird fortgesetzt)



Blick auf drei Hochschullehrer auf der Professorenbank (v. r.): Die Professoren Grottemeyer und Wieland (Bielefeld) sowie Battis (Berlin).
Foto: Schälte

„geistiges Erlebnis“. Vorschlag: Den ganzen Paragraphen 8 ersatzlos streichen und das dafür eingesetzte Geld für konkrete Projekte und Studienreform zu verwenden.

Vor der Anwendung rein quantitativer Merkmale (etwa der Zahl der Absolventen oder Doktoranden) bei der Zuweisung der Finanzmittel warnte ein anderer Sprecher aus Bielefeld, Professor Dr. Joachim Wieland. Wenn es nicht gelinge, auch mehr qualitative Parameter einzuführen, „kann es zu Fehlsteuerungen kommen“. Darum solle der Gesetzgeber seine Erwartungen an die Hochschulen deutlich im Gesetzestext formulieren. Was die Zusammensetzung des Rektorats angehe (Rektor, Prorektoren und Kanzler), so sehe er den Ausschluss der anderen Mitglieder der Hochschule als „kontraproduktiv“ an.

Spitze zu treiben“ und fand es, anders als Sprecher vor ihm, richtig, dass der Kanzler eine starke Stellung behalte, schließlich seien Hochschulen eine staatliche Veranstaltung. Deswegen sollte ein „Fachmann“ im Rektorat vertreten sein, der für den Haushalt verantwortlich sei. Die nach dem Gesetz mögliche Präsidialverfassung sei in seinen Augen völlig verfehlt, „das ist Hochschulleitung nach Gutsherrenart“. Bei der Einführung von Wettbewerbselementen werde außer Acht gelassen, dass Wettbewerb in der öffentlichen Verwaltung „das Gegenteil der Einhaltung von Kompetenzen ist“. An die Abgeordneten appellierte er, sich in dieser Frage „ein Stück zurückzunehmen“. Als Sprecher der nordrhein-westfälischen Gesamthochschulen (GH) unterstrich der

Kommission informiert sich vor Ort über Lage der Justizvollzugsschule

Unruhe über Verlagerungsgerüchte und Kritik an Unterbringungskosten

Schließungsgerüchte, Ausbildungsfragen und der Bauzustand bildeten die zentralen Themen einer Sitzung der Vollzugskommission in der Wuppertaler Justizvollzugsschule im Josef-Neuberger-Haus. Diese Kommission des Rechtsausschusses unter dem Vorsitz von Frank Sichau (SPD) hat jetzt, gegen Ende der Legislaturperiode des 12. Landtags, 49 Einrichtungen im Vollzugsbereich des Landes besucht und wollte sich am 18. November im Wuppertaler Stadtteil Barmen über die Situation einer zentralen Institution informieren, in der junge Menschen für die Laufbahnen des allgemeinen Justizvollzugsdienstes, des Werkdienstes und des mittleren Verwaltungsdienstes bei Justizvollzugsanstalten ausgebildet werden.

324 Anwärter besuchen zurzeit 17 Lehrgänge, in denen 18 hauptamtliche und 67 nicht hauptamtliche Lehrkräfte die theoretische Ausbildung gewährleisten. Diese Anwärter sollen zu Beamten werden, so ist das Ausbildungsziel umrissen, „die nach ihrer Persönlichkeit und nach ihren allgemeinen sowie fachlichen Kenntnissen und Fähigkeiten in der Lage sind, im Aufgabengebiet ihrer Laufbahn selbständig und mit sozialem Verständnis an der Erfüllung der Vollzugsaufgaben mitzuwirken“. Dabei soll sich der Beamte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verpflichtet fühlen und seinen Beruf als Dienst für das allgemeine Wohl auffassen, wie Schulleiter Walter Ittel erläuterte.

Der Leitende Regierungsdirektor bekräftigte, die Schule sei jetzt und in den kommenden Jahren ausgelastet (Ittel: „Der Vollzugsdienst ist eine Wachstumsbranche“). Darum könne er nicht Überlegungen nachvollziehen, „eine ausgelastete Einrichtung zu verlagern oder auf Einrichtungen aufzuteilen, die nicht ausgelastet sind“. Damit spielte Ittel auf Gerüchte an, die Josef-Neuberger-Schule werde aus Wuppertal abgezogen und nach Brakel und Bad Münstereifel verlegt.

Diese Befürchtungen spielten auch eine zentrale Rolle, die der Kommissionsvorsitzende Sichau bei dem Besuch mit Lehrgangssprechern, Vertretern der Lehrkräfte und dem Personalrat führte. Sichau machte dabei deutlich, dass er Wuppertal als rheinisches Pendant für die neue Justizakademie in Recklinghausen ansehe. In Brakel werde der mittlere Vollzugsverwaltungsdienst ausgebildet und Bad Münstereifel sei eine Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, die nicht allein für den Justizvollzug da sei. Beide Standorte lägen an der Peripherie des Landes, darum sei ihre Berücksichtigung bei der regionalen Förderung prinzipiell nachvollziehbar. Seine, wie er betonte, persönliche Meinung sei aber, „die Schule passt gut hierher. Ein einziger Standort in Nordrhein-Westfalen geht in Ordnung. Eine optimal entwickelte Einrichtung soll man nicht spalten.“

Dass nichts so gut ist, dass es nicht verbessert werden könnte, machte sich beim Rundgang durch die Schule und bei der Erörterung der baulichen Situation bemerkbar. Ob der von der Schule angestrebte Neubau an Ort und Stelle realisierbar sein wird, wurde bedacht und von den Gastgebern durch Demonstration von Unzulänglichkeiten des Gebäudes illustriert, das einst eine Pädagogische Hochschule beherbergt

hat und inzwischen — die Justizvollzugsschule residiert hier seit 1977 — in die Jahre gekommen ist. Ein Blick in eines der Zimmer (Dusche auf der Etage) und „Knastmobiliar von früher“, in denen die auswärtigen Anwärter untergebracht sind, ließ erkennen, dass der inzwischen in den Justizvollzugsanstalten erreichte Standard in der Schule noch unterboten wird.

Ihr völliges Unverständnis für den Umstand, dass die Anwärter inzwischen für diese Unterbringung zu zahlen haben (und dass die Trennungsschädigung amtlicherseits auf Null festgesetzt wird) formulierten die Sprecher der Anwärter. Sie monierten auch das nach ihrer Ansicht manchmal fehlende pädagogische Geschick der aus der Praxis kommenden nicht hauptamtlichen Lehrkräfte, den Lehrstoff zu vermitteln. Auch dass Alleinstehende für die Unterbringung mehr zahlen müssten als Verheiratete, sei nicht in Ordnung. Die Sache mit der Trennungsschädigung, so in seiner Antwort der Kommissionsvorsitzende, sei in seinen Augen „entwicklungsbedürftig und überdenkenswert“.

Auf Interesse stießen auch die Beförderungsprobleme, die der Personalrat im Bereich der Lehrkräfte erläuterte. Da viele aus dem allgemeinen Vollzugsdienst an die Schule abgeordnet seien, die Stellen aber weiter an den Entsendeeinrichtungen und

nicht an der Schule geführt würden, hätten die Anstalten wenig Interesse an einer Beförderung dieser abgeordneten Kräfte. Unter Hinweis auf die Befristung solcher Abordnungen und den Bedarf, der an der Schule an den unterschiedlichen Fachdiensten bestehe, regte Sichau die Überlegung an, ob die Stellen dieser Dienstkräfte nicht in den Stellenplan der Schule übernommen werden könnten.

Vielleicht würde dann auch eine für den Lehrbetrieb hinderliche Erscheinung reduziert, von denen die Vertreter der Lehrkräfte zu berichten wussten. Es fielen oft „aus anderweitigen dienstlichen Verpflichtungen“ die Veranstaltungen nicht hauptamtlicher Lehrkräfte aus, was zu „Löchern“ führe, die durch die Hauptamtlichen nicht zu stopfen seien. So müsse — bei in letzter Zeit steigender Tendenz — Unterricht ausfallen, weil die Personaldecke im hauptamtlichen Bereich zu dünn sei. Überhaupt sei die Zusammenarbeit zwischen Hauptamtlichen und nicht Hauptamtlichen schwierig, weil die letzteren für ihre Lehrveranstaltungen aus allen Teilen des Landes anreisen und für Gespräche und erforderliche Abstimmungen wenig Zeit hätten.

Die Sitzung endete mit einem Besuch in einer Nebenstelle der Justizvollzugsstelle in der Sedanstraße, dem unter Denkmalschutz stehenden ehemaligen Barmer Amtsgericht. Hier sind bis zu 80 Anwärter untergebracht — unter Verhältnissen, die ebenfalls als nicht mehr zeitgemäß zu bezeichnen sind. Nach Darstellung von Schulleiter Ittel ist dieser Bau „abgängig“, seine Räumlichkeiten seien auch für den mittleren Dienst unzumutbar. Es gebe die Absicht und die Aussicht, das Gebäude zu verkaufen und einen Käufer zu finden, betonte er und äußerte sich überzeugt, dass für Nachwuchskräfte etwas getan werden müsste, „die 40 Dienstjahre noch vor sich haben“.

Pro Werktag geben Küchenchef Heering (l.) und seine Mannschaft 200 Essen aus. Lokaltermin in der Küche der Schule (v. r.): Kommissionsvorsitzender Frank Sichau, Assistent Johannes Arnold und Schulleiter Ittel.



Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU, unser Bild) ist neuer Vorsitzender des Ausschusses für Schule und Weiterbildung. Zu Beginn der Sitzung am 23. November wurde er von den Ausschussmitgliedern gewählt. In diesem Amt löst er seinen Vorgänger und Fraktionskollegen Heinrich Meyers ab, der in ein kommunales Amt gewählt wurde und inzwischen aus dem Landtag ausgeschieden ist. Stellvertretender Ausschussvorsitzender ist wie bisher Hans Frey (SPD).

Foto: Schälte



Polizeieinsatz auf der Kö: Warnung vor „außenpolitischem Hochspielen“

Einen abschließenden Bericht über die Verhaftung von fünf türkischen Messegästen auf der Düsseldorfer Königsallee hat Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) nach Klärung der noch offenen Fragen dem Ausschuss für Innere Verwaltung zugesagt. So werde es wichtig sein zu klären, ob die Tatsachenfeststellungen durch die Polizei frühzeitig genug erfolgt seien. Bekanntlich waren die fünf türkischen Geschäftsleute und Mediziner am 19. November nach fast 24-stündigem Aufenthalt in polizeilichem Gewahrsam wieder freigelassen worden, weil sich erwiesen hatte, dass sie sich nur zufällig am Ort des polizeilichen Zugriffs aufgehalten und mit dem Einsatzziel nichts zu tun hatten.

Auf Antrag der CDU-Fraktion hat der Innenausschuss unter Leitung seines Vorsitzenden Klaus Stallmann (CDU) im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde den Ablauf der Aktion erörtert, den Düsseldorfer Polizeikräfte im Auftrag des Polizeidirektors im badischen Lörrach durchgeführt haben. Dabei ging es darum, die Erpresser eines dortigen Geschäftsmanns dingfest zu machen. Sie hatten sich nach einer gescheiterten Geldübergabe mehrfach aus dem Rhein-Wupper-Raum bei ihrem Opfer fernmündlich gemeldet.

Theodor Kruse (CDU) meinte, dieser Vorfall sei für das Ansehen der Polizei schädlich, zumal Düsseldorfer Beamte in diesem Jahr bereits mehrmals in den Schlagzeilen gestanden hätten. Er müsse den Eindruck gewinnen, der Düsseldorfer Polizeipräsident Wittmann sei mit der Führung seiner Behörde und seiner Mitarbeiter „überfordert“. Ob der Innenminister den Polizeipräsidenten inzwischen angewiesen habe, in seiner Behörde und unter seinen Beamten „Ordnung zu schaffen“? Im Übrigen könne er nicht nachvollziehen, wieso es 24 Stunden gedauert habe, bis die Polizei wusste, dass sie Unschuldige festgenommen hatte.

Für die GRÜNEN fragte Jamal Karsli, ob es weitere ähnliche Fälle gebe, von denen man nur deshalb nichts erfahre, weil weniger „prominente“ Personen betroffen seien. Er wolle wissen, warum die Polizei nicht sofort einen Dolmetscher herangezogen habe.

Jürgen Jentsch befürchtete für die SPD, ein solcher Vorfall sei geeignet, das Ansehen Deutschlands im Ausland zu schädigen. Es sei jetzt vor allem eine saubere Aufklärung der Verantwortlichkeiten zwischen dem Po-

lizeipräsidenten Düsseldorf und der Polizeidirektion Lörrach vorzunehmen. Er warnte nachdrücklich vor einer Vorverurteilung des Düsseldorfer Polizeipräsidenten, der ja den Einsatz nicht geleitet habe. Jentsch fand eine Entschuldigung gegenüber den türkischen Staatsbürgern für angemessen und lobte in diesem Zusammenhang die Absicht, sie zur nächsten Medica nach Düsseldorf einzuladen.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) meinte, es sei nicht auszuschließen, dass Unschuldige von polizeilichen Maßnahmen betroffen würden — „egal welcher Staatsangehörigkeit“, wie er hinzufügte. Er warnte vor einem „Hochspielen“ des Vorgangs auf außenpolitische Dimensionen. Die bekannten Vorfälle bei der Polizei in Düsseldorf seien durchaus Anlass zu „Sorgenfalten“, aber es handele sich um unterschiedliche Vorgänge, die deswegen auch unterschiedlich zu beurteilen seien. Er, Behrens, habe als Minister eine besondere Sorgfaltspflicht gegenüber der Polizei; das Fehlverhalten Einzelner dürfe nicht zur „Sippenhaft“ für 2.500 Düsseldorfer Beamte führen.

Wie schon in der Vergangenheit würden nach Klärung die notwendigen Konsequenzen gezogen, aber „unsere Reaktion wird lageangemessen sein“. Ein Dolmetscher werde gerufen, wenn eine Verständigung nicht möglich sei. Mit den Festgenommenen habe die Polizei Englisch sprechen können. Es sei nichts dagegen einzuwenden, dass ein Dolmetscher erst zur eigentlichen Vernehmung hinzugezogen worden sei.

Vor dem Minister hatte ein Sprecher des Innenministeriums bei der Schilderung des

Ablaufs eingeräumt, dass es seitens der Düsseldorfer Polizei versäumt worden sei, die Verhafteten auf die Möglichkeit hinzuweisen, mit Personen ihres Vertrauens Kontakt aufzunehmen. Zudem sei unterlassen worden, das in diesen Fällen übliche Merkblatt auszuhändigen, in dem in mehreren Sprachen auf die Rechte von Personen in Polizeigewahrsam hingewiesen wird. Diese Belehrung sei nicht erfolgt.

Leitender Polizeidirektor Hans-Dieter Glietsch stellte in seinem Bericht über die Festnahmen zur Zusammenarbeit zwischen beiden Polizeibehörden fest, es gebe zwei Punkte, in denen weiterer Klärungsbedarf bestehe, weil es hier Widersprüche in den Sachdarstellungen der beteiligten Dienststellen gebe. Der erste betreffe die Befragung der Festgenommenen zum Tatbeitrag. Während Lörrach erkläre, die Düsseldorfer Polizei habe eine Erstbefragung aus personellen Gründen abgelehnt, heißt es aus Düsseldorfer Sicht, man habe nur die Personalien nach Lörrach weitergeleitet und in Vereinbarung mit Lörrach auf die Befragung verzichtet, weil man in Düsseldorf nicht über hinreichende Erkenntnisse zum komplexen Ermittlungsgegenstand verfügt habe. Die andere Differenz liege bei der Frage des Auslesens des Mobiltelefon-Wahlspeichers eines Festgenommenen. Düsseldorf habe Lörrach darauf hingewiesen, dass dies nur auf Anordnung eines Staatsanwalts erfolgen dürfe. Lörrach habe dies verneint, gleichwohl aber die Erwirkung einer staatsanwaltschaftlichen Anordnung zugesagt. Die sei dann am Vormittag des 19. Novembers, drei Stunden vor der Freilassung der Inhaftierten, fernmündlich erfolgt.

Innenminister Behrens ergänzte die Erörterung mit dem Hinweis, inzwischen habe die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft gegen Polizeibeamte ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wegen des Verdachts auf Körperverletzung im Amt (zwei festgenommene Personen hatten leichte Verletzungen davongetragen, die erst am zweiten Tag vom Polizeiarzt untersucht wurden). Innenstaatssekretär Wolfgang Riotte schließlich warnte, es sei wesentlich zu früh, der Düsseldorfer Polizei jetzt schon die Gesamtverantwortung zuzuweisen, wie dies der Düsseldorfer Oberbürgermeister getan habe.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) beriet in ganztägigen Sitzungen am 25. November und am 2. Dezember den Haushaltsentwurf 2000 und stimmte über die Änderungsanträge der Fraktionen ab. Die kurzfristig eingebrachte 2. Ergänzungsvorlage des Finanzministers erforderte eine weitere Sitzung des Unterausschusses Personal und des Haushaltsausschusses am 6. Dezember, in der auch die Schlussabstimmungen stattfanden. Die so geänderten Entwürfe des Haushaltsplans und des Gemeindefinanzierungsgesetzes für das Jahr 2000 werden am 13. und 14. Dezember in zweiter Lesung im Plenum beraten. Nach der zweiten Lesung erfolgt eine weitere Beratung im HFA, bevor der Landeshaushalt 2000 am 17. Dezember vom Landtag endgültig verabschiedet wird.

Untersuchungsausschüsse HDO vernahmen fünf Zeugen

Der Untersuchungsausschuss II „HDO“ vernahm in der vom Vorsitzenden Laurenz Meyer (CDU) geleiteten Sitzung am 2. Dezember weitere zwei Zeugen. Zunächst sagte der Geschäftsführer der Firma SATEL Michael von Wolkenstein aus Wien aus. Er wurde über die Beteiligung seiner Firma an der Betreibergesellschaft HDA, über seine Verbindung zum niederländischen Generalunternehmer und über Einflussnahmen befragt. Dann sagte der kurzzeitige Geschäftsführer der Beteiligungsgesellschaft HDA Dr. Hans Joachim Seidowsky aus Berlin aus. Vier weitere Zeugen mussten wegen der Trauerfeier für den verstorbenen Präsidenten der Landeszentralbank Professor Reimut Jochimsen ausgelassen werden.

In der von Vorsitzendem Walter Grevenor (SPD) geleiteten Sitzung des Untersuchungsausschusses III (HDO ab 24. September 1998) am 23. November wurde als Zeuge der Leiter der Gruppe Wirtschaftsförderung der Stadtparkasse Oberhausen Wolf Karbach vernommen. In der von stellvertretendem Vorsitzenden Christian Weisbrich (CDU) geleiteten Sitzung am 1. Dezember vernahm der Ausschuss den Bundesbeamten Dr. Friedemann Tetsch und den Landesbeamten Helmut Petering zur Vergabe von Strukturfördermitteln als Zeugen.

Bis zum Sommer 1998 seien die Banken nicht zu einem Forderungsverzicht bereit gewesen, sagte der Zeuge Karbach aus, weil aus der Verwertung des HDO-Vermögens noch Erlöse erhofft wurden. Im Oktober 1998 hätten die Banken dann Vorschläge gemacht. Im weiteren Verlauf sei es zu einem Forderungsverzicht der Banken in Höhe von knapp sechs Millionen Mark gekommen, weil eine Rücknahmegarantie des Generalunternehmers für sicherungsübereignetes Equipment nicht erreicht worden sei. Der Verzichtsanteil der Stadtparkasse Oberhausen in Höhe von 2,5 Millionen Mark sei ausschließlich durch Zinsen aufgebracht worden. Bis zur Übernahme durch die neuen Betreiber im Sommer 1999 habe es sich bei einem wesentlichen Teil der Umsätze der Betreibergesellschaft HDT um Filmförderungsmittel gehandelt.

(weiterer Bericht folgt)

Haushaltsausschuss 79 Millionen Mark Mehrausgaben von den Ressorts zu erwirtschaften

In der von Volkmar Klein (CDU) geleiteten HFA-Sitzung am 25. November, zu der rund 60 Beamte aus allen Ressorts gekommen waren, berichteten Finanzminister Heinz Schleußer außerdem zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Länderfinanzausgleich und Staatssekretärin Christiane Friedrich (Umweltministerium) zum Zukunftsinvestitionsprogramm „Arbeit und Umwelt“ (Vorlage 12/3041). Der HFA nahm einen Sachstandsbericht zu „START Zeitarbeit NRW GmbH“ zustimmend zur Kenntnis (Bericht folgt). Zum CDU-Entwurf zur Änderung des Landesreisekostengesetzes gab es einen Erfahrungsbericht des Finanzministeriums (Vorlage 12/3032), zum Schuldenstand des Landes NRW (Vorlage 12/3011) eine Vorlage „Anstieg der Eventualverbindlichkeiten im Zusammenhang mit Landesbeteiligungen“ (Vorlage 12/3021). Finanzminister Heinz Schleußer kündigte dann eine 1. und eine 2. Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf 2000 an und erläuterte die Eckdaten der 1. Ergänzungsvorlage. Knapp 50 Millionen Mark Mehrausgaben sollten durch Absenkung des Personalverstärkungsfonds und durch beschleunigten Abbau von künftig wegfallenden Planstellen erwirtschaftet werden. Bei der Aussprache, auch über die den Ausschussmitgliedern vom Vorsitzenden übermittelten neuen Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzungen, teilte Minister Schleußer mit, anders als dieses Gremium des Bundes habe sein Haus die Mindereinnahmen aus Änderungen der Bundesgesetzgebung bereits eingerechnet. Mit der globalen Minderausgabe, die von CDU-Abgeordneten kritisiert worden war, setze sich der Finanzminister selbst unter Druck und störe auch das Verhältnis zu anderen Kabinettsmitgliedern,

er sei jedoch sicher, dass ein beschleunigter Abbau von kw-Stellen die erforderliche Deckung für Mindereinnahmen erbrächten. Bei der Aussprache über Änderungsanträge zum Einzelplan 03 (Innenministerium) brachte CDU-Sprecher Helmut Diegel das Thema Leistungsprämien zur Sprache und hielt den Regierungsfractionen und dem Finanzminister seine Vorgabe vor, die Leistungsprämie dürfe nicht zu strukturellen Veränderungen benützt werden. Die Antwort, der Landtag entscheide über andere Verwendungen, hielt er für ausweichend und meinte, konsequent wäre, den Beamten nicht länger das Geld abzunehmen, von dem sie nichts bekämen. SPD-Sprecher Ernst-Martin Walsken erklärte, bis auf den Polizei-Bereich seien in den Ressorts allseits zufriedenstellende Lösungen gefunden worden. Ausnahmsweise solle der Vorschlag der Polizei geprüft werden, einmalig die Verwendung für Beförderungen in der 2. Stufe zu ermöglichen. Das Innenministerium müsse die folgenden Mehrkosten jedoch über globale Minderausgaben selbst erwirtschaften. Die CDU lasse eine eigene Position nicht erkennen. In der Sitzung am 2. Dezember nahm der HFA einen SPD-/GRÜNE-Antrag zur Hebung von Planstellen im Polizeivollzugsdienst mit Mehrausgaben von 3,6 Millionen Mark an.

In der Sitzung am 2. Dezember beschloss der HFA auf Antrag von SPD und GRÜNEN eine zusätzliche globale Minderausgabe von 79 Millionen Mark, die die Ressorts erwirtschaften sollen und die zur Deckung der in den Fachausschüssen und im HFA beschlossenen Mehrausgaben dienen sollen. Der von der CDU beantragte Deckungsvorschlag „Erlöse aus Immobilienmanagement“ mit dem neuen Ansatz von 303 Millionen Mark fand bei den Koalitionsfraktionen keinen Beifall. Helmut Diegel (CDU) begründete ihn mit dem ungeheuren Potential, das in modernem Management der Liegenschaften des Landes stecke. Ernst-Martin Walsken (SPD) hielt es für leichtfertig, das noch nicht eingerichtete Instrument vor der Klärung der schwierigen Probleme als Haushaltseinnahmen zu verbuchen. Johannes Remmel (GRÜNE) warnte ebenfalls davor, die Einrichtung des neuen Systems durch finanziellen Druck zu erschweren. (weiterer Bericht in der nächsten Ausgabe)



Vor der zweiten Lesung des Haushaltsplans 2000 stimmte der Haushalts- und Finanzausschuss über die von den Fachausschüssen empfohlenen Änderungen ab; wegen der 2. Ergänzungsvorlage des Finanzministers wurde eine weitere Sitzung notwendig.
Foto: Schälte

Wirtschaftsausschuss

Ökosteuer verteuert Lehrwerkstätten

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie stimmte in der von der Vorsitzenden Hannelore Brüning (CDU) geleiteten Sitzung am 24. November über elf Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 08 ab. Die CDU-Opposition wollte Mittel zugunsten von Existenzgründungen umschichten und bei Öffentlichkeitsarbeit einsparen. SPD und GRÜNE erhöhten (mit Zustimmung der CDU) den Titel für Kreditförderung für kleine und mittlere Unternehmen. Staatssekretär Hennerkes berichtete zu mehreren vom Ausschuss auf die Tagesordnung gesetzten aktuellen Themen.

Auskunft über Auswirkungen der Ökosteuer auf die Ausbildungszentren des Handwerks in NRW hatte die GRÜNE-Fraktion verlangt. Staatssekretär Hennerkes berichtete, die seit 1974 ausgebauten überbetrieblichen Lehrgänge in Handwerksbetrieben mit 15 000 Plätzen (80 Prozent aller überbetrieblichen Ausbildungsplätze) seien eine besondere Leistung des Handwerks mit hoher Eigenbeteiligung und 172 Millionen Mark Landesförderung. Die Belastung solle besser verteilt werden. Es werde über eine Regelung diskutiert, wonach Handwerk, Land und Bund je ein Drittel der Kosten übernehmen. Im Haushalt 2000 seien die Mittel zurückgefahren worden, weil die Dauer der überbetrieblichen Unterweisung zurückgegangen sei, antwortete er auf eine Frage von Rüdiger Sagel (GRÜNE). Der Landeszuschuss für die Grundstufe werde von 16 auf 20, für die Fachstufe von fünf auf 15 Prozent angehoben. Mehrkosten durch die vom Bund beschlossene Ökosteuer könne das Land, antwortete er Christian Weisbrich (CDU), nicht ausgleichen.

Bei der Genehmigung der Ziel 2-Gebiete ab dem Jahr 2000 seien, berichtete der Staatssekretär, komplizierte Lösungen durch die Wirtschaftsminister zu suchen, etwa für das Restvermögen aus Unternehmertätigkeiten in Höhe von 2,5 Milliarden Mark. Die regional- und sozialpolitische Ausgestaltung abzusichern, mache am meisten Probleme. Loke Mernizka (SPD) berichtete ergänzend von einem Initiativantrag, der die Interessen von Politik, Gewerkschaften und Arbeitgebern bündeln solle, besonders wichtig vor dem EU-Beitritt osteuropäischer Länder. Der EG-Vertrag für Kohle und Stahl (EGKS) sei ein hervorragendes Instrument, das auch im Blick auf die Forschungsförderung herübergerettet werden solle. Fritz Kolloiz (CDU) drängte die Landesregierung, die Anschlussregelung für den EGKS-Vertrag im Frühjahr 2000 auf die Tagesordnung der EU zu bringen.

Das Materialprüfungsamt (MPA) NRW decke, so erfuhr der Ausschuss, heute 90 Prozent seiner Kosten und sei damit sehr erfolgreich. Der Staatssekretär bestätigte den von Christian Weisbrich (CDU) zitierten, vom MPA erwirtschafteten Gewinn im Jahr 1998 in Höhe von 3,5 Millionen Mark und sagte einen vom CDU-Sprecher erbetenen Bericht über Landesbetriebe, die keine Kostendeckung erzielen könnten, und über den Wettbewerb öffentlicher Betriebe zu.

Verkehrsausschuss

Scharfe Kritik an Bahnverspätungen

In der vom Vorsitzenden Manfred Hemmer (SPD) geleiteten Sitzung des Verkehrsausschusses am 25. November gab es eine von der SPD beantragte Aktuelle Viertelstunde zum Thema „Eklatante Verspätungen im Nah- und Fernverkehr“. Anschließend wurde über Änderungsanträge zum Haushalt 2000 beraten und abgestimmt. Als neues Mitglied im Ausschuss begrüßte der Vorsitzende den CDU-Abgeordneten Horst Westkämper aus Solingen, der für Oliver Wittke nachrückte.

SPD-Sprecher Heinz Hunger erklärte, die Verspätungen bei der Deutschen Bahn AG seien so eklatant, dass sie nicht mehr ohne parlamentarische Kritik und Bitte um Abhilfe hingenommen werden könnten. Zusätzlichen Ärger erzeuge die Mitteilung der Bahn, ab Januar eine Nachlösegebühr von zehn Mark erheben zu wollen. Minister Peer Steinbrück zählte verschiedene Gründe für die zunehmenden Verspätungen auf, darunter Schmierfilmbildung im Herbst, ein Softwareproblem in der Betriebszentrale Duisburg und sich häufende Selbstmorde. Auch die an sich begrüßenswerte Einführung des integrierten Taktfahrplans trage zum Anwachsen von Verspätungen bei. Zur Zeit würden umfangreiche Fahrplan-Simulationen durchgeführt. Auch finanzielle Folgen der Verspätungen würden erörtert. Ausgleichszahlungen an Verkehrsverbände würde er begrüßen. Zwei Drittel aller Verspätungen seien auf den Fernverkehr zurückzuführen. Er hoffe auf Entscheidung ab dem Sommerfahrplan und neue Fahrzeuge. Allerdings gebe NRW neue Fahrzeuge zunächst an die Expo Hannover ab. Die drei Regionalbahnen warteten seit Mai auf rund 300 Fahrzeuge, was allerdings nicht der Bahn anzulasten sei.

Günter Langen (CDU) meinte, die Nachlösegebühr von zehn Mark dürfe vom Verkehrsausschuss nicht kritiklos hingenommen werden. Peter Eichenseher (GRÜNE) erinnerte an das 70-Punkte-Programm, das der Landtag vor einem Jahr der Bahn angedient habe, und an Streckenstilllegungen, die das Bahnnetz unflexibler gemacht hätten. Anstatt Benutzer ohne Fahrschein mit der Nachlösegebühr zu strafen, solle die Bahn bargeldlose Zahler belohnen.

Zum Haushaltsentwurf für das Jahr 2000 legten die CDU-Opposition sechs, die Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNE vier Änderungsanträge vor. Die CDU wollte bei Veranstaltungen, Gerichtskosten und der Anschubfinanzierung von Stadtbussystemen kürzen. Die Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen sollten um 45 auf 140 Millionen Mark sowie der Ansatz für Baumaßnahmen an Landesstraßen um 30 auf 180 Millionen Mark aufgestockt werden. Das Straßennetz befinde sich teilweise in verkehrsgefährdetem, von Sperrung bedrohtem Zustand, begründete das Günter Langen. Heinz Hunger erwiderte, die SPD kenne den großen Bedarf und habe die von der CDU bezweifelte Wiederherstellung des Haushaltsansatzes von 150 Millionen Mark erreicht. Rainer Michaelis (GRÜNE) erwähnte den geänderten Verwendungszweck, wonach nicht verbrauchte

Straßenbaumittel auch für kleinere Erhaltungsmaßnahmen verwendet werden könnten. Die Komplementärmittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz müssten, so ein weiterer CDU-Antrag, zugunsten des kommunalen Straßen- und Brückenbaus wieder in den Haushalt eingestellt werden. Die CDU-Anträge wurden abgelehnt.

Mehr für Radwege

SPD und GRÜNE stockten die Zuschüsse für Investitionen an private Schienengüterverkehrsunternehmen auf 18,7 Millionen Mark auf. Peter Eichenseher (GRÜNE): Die Zuschüsse mobilisierten umfangreich privates Kapital, das der regionalen Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt zugute komme. Für kommunale Radwege beschlossen SPD und GRÜNE, den Baransatz um 7,5 auf 24 Millionen Mark und für Radwege an bestehenden Landesstraßen den Ansatz um 2,5 auf zehn Millionen Mark zu erhöhen.

Kommunalausschuss

65 Millionen Mark zur „e-nitiative.nrw“

Der Ausschuss für Kommunalpolitik nahm in der von Friedrich Hofmann (SPD) geleiteten Sitzung am 24. November die von SPD und GRÜNEN vorgeschlagenen Änderungen am Gesetzentwurf zur Gemeindefinanzierung 2000 (GFG) gegen die Stimmen der CDU an (Vorlage 12/3236). Die im Gesetzentwurf vorgesehene allgemeine Investitionspauschale (658 Millionen Mark), die zu fünf Sechsteln nach der Einwohnerzahl und zu einem Sechstel nach der Fläche verteilt wird, wurde um 100 Millionen Mark gekürzt. Statt dessen stehen den Gemeinden zusätzlich 55 Millionen Mark für Schulen und Jugendeinrichtungen und 65 Millionen Mark für neue Medien zur Verfügung. Die CDU legte keine Änderungsanträge vor.

Im Allgemeinen Steuerverbund des GFG erhält danach der Paragraf 18 die neue Bezeichnung „Zuweisungen zur Modernisierung und Instandhaltung von Schulen und Jugendeinrichtungen und zur Förderung der technischen Ausstattung für das Lernen mit neuen Medien an öffentlichen Schulen“. Ein vom Land festzusetzender Sockelbetrag soll nach der Zahl der nicht volljährigen Einwohner auf die Gemeinden verteilt werden. Ohne die Zuständigkeit der Gemeinden für die Unterhaltung und Sanierung kommunaler Gebäude in Frage zu stellen, sollten die Mittel für die bauliche Verbesserung von Schulen, Jugendheimen, Horten, Kindergärten und Krippen eingesetzt werden, heißt es in der Begründung der antragstellenden Fraktionen. Zur Förderung von Internet-Zugängen und Hardware in den Klassenräumen stehen den Gemeinden ergänzend zur „e-nitiative.nrw“ („Netzwerke für Bildung“) 65 Millionen Mark zur Verfügung; bei der Verteilung sei die Zahl der Schülerinnen und Schüler sowie der Anzahl der Schulen zu berücksichtigen, heißt es nun im Gesetz. Die „e-nitiative.nrw“ sei von der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden für eine zukunftsfähige Ausbildung an den Schulen ins Leben gerufen worden.

Für den Haushalt 2000 beschloss der Frauenausschuss Mehrausgaben in Höhe von gut 12 Millionen Mark. 15 von SPD und GRÜNEN eingebrachten Änderungsanträgen stimmte auch die CDU-Opposition zu, bei den übrigen sechs Änderungsanträgen enthielt sie sich der Stimme. Ihre eigenen fünf Änderungsanträge mit einem Mehrausgaben-Volumen von 57 Millionen Mark wurde von SPD und GRÜNEN abgelehnt. Bei den von SPD und GRÜNEN beantragten Mehrausgaben handelt es sich vor allem um „Erhöhung des Baransatzes“ um sechsstellige Beträge bei Titeln wie: Zuschüsse zu den Personalkosten an Träger von Zufluchtsstätten für misshandelte Frauen („seit Jahren nicht angepasst“), Zuschüsse zu Personal- und Sachkosten von „Fraueninitiativen, die gegen sexualisierte Gewalt an Frauen und Mädchen tätig sind“ („steigende Nachfrage“), an Träger von Frauenberatungsstellen (für zwei neue Beratungsstellen), an Träger von spezialisierten Beratungseinrichtungen (für Opfer von Frauenhandel und Migrantinnen sowie Dolmetscher und Anwälte) und Zuschüsse „zur Schaffung geschützter Wohnsituation für von Menschenhandel betroffene Mädchen und Frauen“. Als sehr erfolgreiches Programm bezeichnete Helga Gießelmann (SPD) die Maßnahmen der Gewaltprävention durch „Selbstbehauptung und Konflikttraining für Mädchen und Jungen an Schulen“, für das sie 700 000 Mark mehr beantragte in einem Baransatz von danach 1,9 Millionen Mark. Auf sechs Millionen Mark aufgestockt wurde der Titel für Regionalstellen „Frau und Beruf“ samt innovativer Projekte zur Frauenerwerbstätigkeit.

Aufstockungsbedarf

Beim Fördertitel für Schwangerschaftsberatungsstellen (Ansatz 17,4 Millionen Mark) beantragte CDU-Sprecherin Regina van Dinther die Aufstockung um drei Millionen Mark, weil 63 katholische Beratungsstellen geschlossen würden, die bisher diskriminiert, da nur mit 41 statt mit 80 Prozent wie andere Träger staatlich gefördert worden seien und daher Mehrkosten in mindestens der beantragten Höhe entstünden. Ein Ministeriumssprecher bestätigte, zwei Bischöfe hätten bereits den Rückzug aus der Schwangerschaftsberatung zum 31. 12. 1999 mitgeteilt, allerdings mit Übergangsangeboten und Handlungsempfehlungen an die Politik. Helga Gießelmann (SPD) hielt den Mehransatz jedoch noch nicht für beratungsreif. Marianne Hürten (GRÜNE) ging zwar von Aufstockungsbedarf aus, jedoch erst nach Sondierungsgesprächen, und sah ein Ende der Dominanz der katholischen Kirche bei der Schwangerschaftsberatung mit der Chance für ein wirklich pluralistisches Beratungsangebot. Der CDU-Antrag wurde abgelehnt wie auch die von der CDU beantragte Erhöhung des Titels für Tageseinrichtungen für Kinder um 15 Millionen Mark (bisher 1,3 Millionen) für dringend benötigte Hortplätze. Den höchsten Mehrbedarf mit sechs Millionen Mark beschlossen SPD und GRÜNE mit Zustimmung der CDU beim Titel Zuschüsse an freie Träger für Altenhilfe (Gesamtvolumen jetzt 81 Millionen Mark), und zwar mehr für komplementäre ambulante Dienste zur häuslichen Pflege und mehr für Ausbildungsplätze in der Altenpflege sowie

Beratungsstellen-Richtlinien erst ab 2001

Zwölf Millionen mehr für Frauenförderung

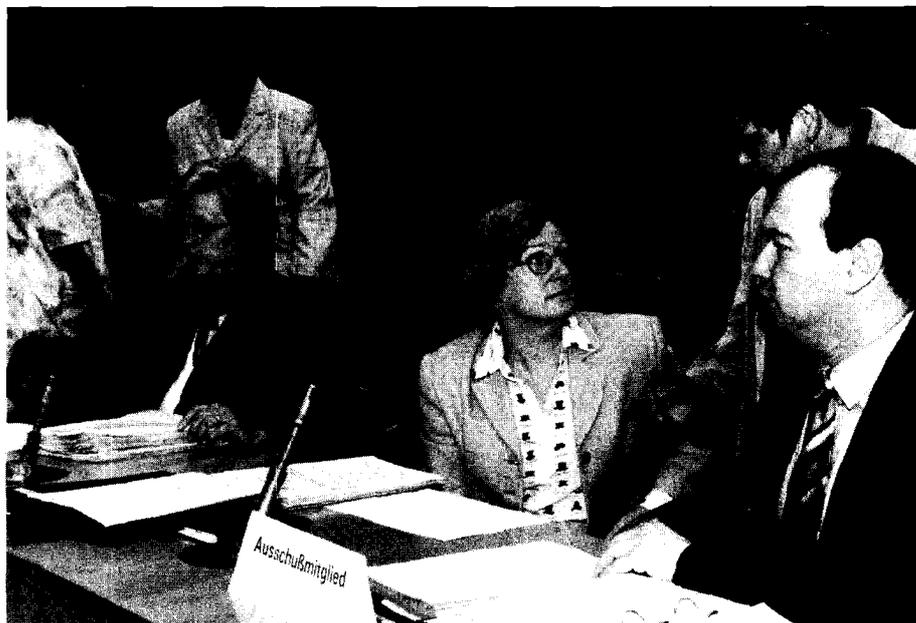
Der Ausschuss für Frauenpolitik beriet in der von Gerda Kieninger (SPD) geleiteten Sitzung am 26. November die gleichstellungsrelevanten Titel im Haushaltsentwurf 2000 und stimmte über 26 Änderungsanträge aus den Fraktionen ab. Auf Bitten der CDU berichtete eine Vertreterin des Ministeriums über die Neuregelung der Richtlinien für die Förderung der Frauenberatungsstellen. Als neues Mitglied im Ausschuss begrüßte die Vorsitzende die Abgeordnete Ursula Schnelting-Hebeler (GRÜNE) aus Mettmann, die für die zur Fraktionssprecherin gewählte Kollegin Sylvia Löhmann in den Ausschuss entsandt worden ist.

Fortbildung ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen. Ebenfalls mit Zustimmung der CDU beschloss der Ausschuss Mehrausgaben für Frauen im Rahmen der Suchthilfe. Bei Enthaltung der CDU beschloss die Ausschussmehrheit aus SPD und GRÜNEN zusätzliche Mittel für zwei Frauengesundheitszentren, und zwar für eines in Bad Salzuflen im Rahmen der EXPO 2000, das sogar als Projekt bereits ausgezeichnet worden sei, und für „Hagazussa“, ein Frauen- und Lesben-gesundheitszentrum in Köln.

„Gründercoaching“

Gemeinsam beschlossen alle Fraktionen Mehransätze für frauenspezifische Angebote in der Gemeindepsychiatrie sowie für Graduiertenförderung von Schwerbehinderten und von Frauenforschung beim wissenschaftlichen Nachwuchs. Die CDU beantragte erfolglos, die Kürzung bei Existenzgründung/Meisterprämie aufzuheben und den Titel um sechs auf 30

und Handwerk“ auf 3,1, für Frauen in der Landwirtschaft und „Servicebüros Landfrauen“ auf 2,3, die Verpflichtungsermächtigung bei der Wiedereingliederung von Frauen in das Arbeitsleben auf zwei und Hilfen für Wohnungslose durch Gemeinden und freie Träger auf 1,6/2,6 Millionen Mark für die Berücksichtigung wohnungsloser Frauen aufzustocken. Schließlich verdoppelte der Ausschuss bei Enthaltung der CDU den Ansatz für Frauenförderung bei Kunst und Kultur auf 500 000 Mark. Die in neuen Richtlinien für die Förderung von Frauenberatungsstellen (Vorlage 12/2979) geplante Pauschalierung werde um ein Jahr verschoben und erst zum 1.1.2001 in Kraft treten, teilte die Sprecherin des Ministeriums, Zimmermann-Schwarz, mit. Die schriftlichen Stellungnahmen der Betroffenen zum Entwurf hätten weiteren Regelungsbedarf erkennen lassen. Geplant sei die pauschale Förderung bis zur Höhe von 135 000 Mark für eineinhalb Fachkräfte, um den bisher hohen Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Auch werde den Beratungsstellen eine ausführliche



Gespräche vor Sitzungsbeginn, v. l. Marie-Theres Ley und Angelika Gemkow (beide CDU), (dahinter) CDU-Sprecherin Regina van Dinther, Jutta Appelt (CDU) im Gespräch mit der Vorsitzenden Gerda Kieninger (SPD), Hans-Achim Michna (Referent der CDU-Fraktion).
Foto: Schälte

Millionen Mark aufzustocken. Abgelehnt wurden auch ihre Anträge, das „Gründercoaching“ um 13 auf 22 Millionen Mark aufzustocken und einen neuen Titel „Arbeitsplatzschaffende Existenzgründungshilfe“ in Höhe von 20 Millionen Mark einzurichten. Daraus sollten auch Betriebsübernahmen durch Arbeitnehmer gefördert werden. Die CDU stimmte den Anträgen von SPD und GRÜNEN zu, die Mittel für „Neue Berufsfelder für Frauen in Technik

Berichtspflicht auferlegt. Marianne Hürten (GRÜNE) begrüßte die Verschiebung um ein Jahr wie auch Regina van Dinther (CDU), die aber das Finanzierungssystem kritisierte, da es 29 der 51 Beratungsstellen schlechter stelle. Auch würden Stellen mit älteren erfahrenen Beraterinnen mit dem Pauschalbetrag von 135 000 Mark nicht auskommen. Helga Gießelmann (SPD) forderte zügige Beratungen im Interesse der Finanzsicherheit für die Träger.

Größter Campingplatz Deutschlands

Weseler Grav-Insel jetzt mit Feuerschutz

Beim Petitionsausschuss beschwerten sich ein Ratsmitglied aus Wesel und eine Bürgerinitiative über ungenehmigtes Bauen auf dem Campingplatz Grav-Insel. Sie fragten an, wie sich dies mit der Gleichbehandlung aller Bürger und Unternehmer vereinbaren lasse.

Das vom Petitionsausschuss vor zwei Jahren um Stellungnahme gebetene Bauministerium befand, bei dem „Erholungszentrum Grav-Insel“ handele sich mit rund 50 Hektar Fläche um die größte Anlage ihrer Art in Deutschland. Sie bestehe aus 2000 mit Hecken und Zäunen eingefriedeten Parzellen für Dauercamper, die alle mit einem eigenen, in Holzbauweise errichteten Sanitärgebäude ausgestattet seien. Weitere 400 Stellplätze stünden für wechselnde Campinggäste zur Verfügung. Die Anlage sei über ein Netz interner, befestigter Wege erschlossen und verfüge über mehrere Ser-

vicegebäude. Sie sei aus einem Zeltplatz Ende der 60er-Jahre entstanden und seitdem laufend vergrößert worden.

Die Anlage sei ohne Baugenehmigung errichtet worden. Die örtliche Bauaufsicht sei nie eingeschritten, sondern habe die ungenehmigten Bautätigkeiten hingenommen. Nach jahrzehntelanger behördlicher Duldung sei heute ein Einschreiten kaum zu begründen.

Nun solle ein größerer Neubau aus drei Trakten entstehen, im dritten Trakt ein Supermarkt und im Obergeschoss eine 3000 Quadratmeter große Mehrzweckhalle. Mit

dem neuen Gebäude sollte das den Kurzzeitcampern zur Verfügung stehende Sanitär- und das Ladengebäude ersetzt werden. Der Stadtdirektor als örtliche Bauaufsichtsbehörde genehmigte die beiden Sanitärtrakte, nachdem die alten Gebäude bereits abgerissen waren, nicht jedoch den Supermarkt und die Mehrzweckhalle. Als mit dem Bau des Supermarkts dennoch begonnen worden war, forderte er die Änderung des Bauantrags.

Die Stadt Wesel habe sich um nachträgliche Legalisierung der Anlage durch Erlass eines Bebauungsplans bemüht, der jedoch bis heute nicht vorliege. Damit könne auch der Neubau genehmigt werden, soweit die Verordnung über Camping- und Wochenendplätze eingehalten werde.

Dann gab es unterschiedliche Auffassungen. Die Behörde gehe davon aus, dass es sich um einen Campingplatz handle, während die Anlage eher einem Wochenendplatz entspreche. Für einen Campingplatz seien ortsfeste bauliche Anlagen unzulässig. Für beide Platzkategorien müssten jedoch Brandschutzstreifen eingerichtet und Löschwasserversorgung sowie ausreichend Feuerlöscher vorhanden sein.

Nach einem Ortstermin schlug der Petitionsausschuss ein Brandschutzgutachten vor und erhielt ein Jahr später den Bescheid, nach Veranlassung der Kreisfeuerwehr gebe es jetzt Feuerlöscher an jedem Campingplatz. Ein Löschteich mit zwei festinstallierten Sauganschlüssen und 400 Kubikmeter Wasservorrat sei angelegt, eine Hydrantenleitung durch den gesamten Campingplatz geführt worden. Der Campingplatz erhalte zwei eigene Tanklöschfahrzeuge. Damit übertreffe die Ausstattung den verlangten Standard. Alle Auflagen seien „geräuschlos“ erfüllt worden, berichtete das Ministerium im November 1999. Auch der Petitionsausschuss war zufrieden, nachdem auch der inzwischen erstellte Bebauungsplan keine Fehler oder Rechtsverstöße erkennen lasse.



Das riesige Gelände des Campingplatzes Grav-Insel mit großzügigen Parzellen für 2000 Dauercamper ist durch fünf Meter breite Wege erschlossen; auf jeder Parzelle befindet sich ein Sanitärhaus.

Europa-Ausschuss

„Nur Beamte ...“

In der vom Vorsitzenden Professor Dr. Horst Posdorf (CDU) geleiteten Sitzung des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik am 22. November berichteten Gruppenleiter Klaus Schäfer (Jugendministerium) über den Europäischen Freiwilligendienst, der Leiter des Arbeitsstabs Europa der Staatskanzlei Henry Kordes und der Leiter der NRW-Vertretung in Brüssel, Folker Schreiber, über die Arbeit der Vertretung des Landes bei der EU.

Zum Europäischen Freiwilligendienst teilte Schäfer mit, bis zum 16. November habe es 302 „Aufnahmeprojekte“ gegeben, davon ein Drittel in NRW, die mit 2,1 Millionen Mark unterstützt worden seien, und 898 „Entsendeprojekte“, davon 92 aus NRW. Bei Aufnahmen habe Deutschland eine geringe Tradition. In Konkurrenz zum Europäischen Freiwilligendienst stünden das freiwillige soziale und das ökologische Jahr mit wesentlich mehr Teilnehmern, vor allem Abiturientinnen. Der Europäische Freiwilligendienst sei rechtlich schlechter gestellt als die beiden anderen Programme. Im Jahr 2000 solle es eine Zäsur geben.

Auf Nachfragen erfuhren die Abgeordneten, dass 18- bis 25-Jährige, die zum Dienst an der europäischen Integration bereit seien, außer freier Unterkunft und Verpflegung ein monatliches Taschengeld von 300 bis 400 Mark erhielten. Die Länderjugendminister hätten eine Kommission „Jugendarbeit“ gebildet und arbeiteten daran, Hemmnisse für mehr Teilnahme zu beseitigen. Sprecherinnen aller drei Fraktionen begrüßten den Europäischen Freiwilligendienst als Chance für Jugendliche aus NRW.

Der EU-Ausschuss der Regionen hat den bereits 1995 vom Europäischen Parlament angeregten Dienst begrüßt, der jungen Menschen Gelegenheit biete, in einem anderen Mitgliedstaat an Aktivitäten in den Bereichen Soziales, Kultur und Umwelt teilzunehmen. Er hebt besonders hervor, dass lokale und regionale Gebietskörperschaften als wichtige Partner einbezogen würden. Drittländer sollten beteiligt und vor allem benachteiligte Jugendliche als Teilnehmer gewonnen werden. Der Europäische Freiwilligendienst solle einen Rechts- und Finanzrahmen erhalten, meint auch der AdR.

Vor dem von der CDU erbetenen Bericht über die NRW-Vertretung in Brüssel, zu deren Leiter Folker Schreiber angereist war, kritisierte Vorsitzender Posdorf, dass erneut die politische Spitze der Landesregierung nicht anwesend sei, obwohl Europapolitik

vom Ministerpräsidenten zur Chefsache erklärt worden sei. Auch aus den Fraktionen wurde teilweise Unmut geäußert. Über die Eingliederung des früheren Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten in die Staatskanzlei hatte die NRW-Vertretung bereits in ihrem Jahresbericht 1998 (EU-Vorlage 12/422) berichtet. Schreiber kündigte einen weiteren Bericht für das kommende Jahr an. Die Aufgaben beschrieb er wie folgt: „Frühwarnsystem“ für die Landesregierung, Service für Unternehmen und Verbände, Hilfestellung bei Anträgen, Präsentation von Kunst, Kultur, Wissenschaft und Forschung aus NRW, Zusammenarbeit mit den NRW-Mitgliedern des Ausschusses der Regionen (AdR), mit regionalen Partnerschaften, Vermittlung von EU-Kompetenz durch Austausch von Landespersonal. Da die Vertretung institutionell nicht an den Apparat der EU angebunden sei, verlaufe ein großer Teil der Arbeit informell. Sehr bewährt hätten sich 12 Arbeitskreise der deutschen Landesvertretungen zu wichtigen Problemfeldern, in denen die Länder ihre Informationen austauschten und möglichst einheitliche Stellungnahmen erarbeiteten, antwortete er auf eine Frage von Ilka Keller (CDU). Von AdR-Mitglied Loke Mernizka (SPD) wurde klargestellt, die NRW-Vertretung in Brüssel habe einen guten Ruf, und zu ihren Veranstaltungen kämen wichtige Gesprächspartner.

Hauptausschuss schließt Haushaltsberatung ab

Der Hauptausschuss des Landtags unter dem Vorsitz von Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) hat seine Haushaltsberatungen abgeschlossen. Der Ausschuss stimmte einstimmig dem Einzelplan 01, dem Geschäftsbereich des Landtags zu. Gegen die Stimmen der CDU-Opposition wurde mit der Mehrheit von SPD und GRÜNEN der Einzelplan 02 des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei verabschiedet. Das Kapitel 05 081, Landeszentrale für politische Bildung, aus dem Einzelplan 05 des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung fand ebenfalls nur die Zustimmung der Fraktionen von SPD und GRÜNEN. Dasselbe Ergebnis erbrachte die Abstimmung über den Einzelplan 20, Allgemeine Finanzverwaltung. Die Union stimmte dagegen.

Personalien

Norbert Burger (SPD), Landtagsabgeordneter und ehemaliger Kölner Oberbürgermeister, sind von seinem Nachfolger **Harry Blum** die Ehrenbürgerrechte der Stadt Köln verliehen worden. In seiner Laudatio sagte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident **Wolfgang Clement** (SPD), in seinen 19 Dienstjahren sei Burger „zum Inbegriff eines ehrenamtlichen deutschen Oberbürgermeisters geworden“. Burger sei ein „Praktiker des Gemeinsinns und der Solidarität“. Norbert Burger war von 1980 bis 1999 Oberbürgermeister der Stadt Köln.

★

Jürgen Rüttgers, nordrhein-westfälischer CDU-Landesvorsitzender, ist von der CDU im Erftkreis zum Landtagskandidaten nominiert worden. Eine Mitgliederversammlung habe Rüttgers mit mehr als 97 Prozent zum Direktkandidaten für die Landtagswahl am 14. Mai 2000 gewählt, teilte die Landes-CDU mit.

★

Fritz Denks (SPD), Landtagsabgeordneter von 1966 bis 1975, ist als einer der „dienstältesten Sozialdemokraten“ in Nordrhein-Westfalen in seiner Heimatstadt Mülheim

Landtag berät Haushalt 2000 und bringt Gesetze auf den Weg

Der Landtag führt am 10., 13., 14. und 17. Dezember die letzten Plenarsitzungen dieses Jahres durch.

Die Plenarsitzung am Freitag, 10. Dezember, beginnt mit einer Fragestunde und Nachwahlen. Die Beratung von CDU-Anträgen zu „Kopfnoten“, zur Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie und Vogelschutz-Richtlinie sowie eines Koalitionsantrages zum Schülerticket NRW stehen ferner an diesem Tag auf dem Programm. Es folgen eine Reihe von Gesetzen, die beraten werden: Zur Neuordnung der Hochschulmedizin, zur Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten, zur Ausführung des Tierseuchengesetzes, zum Abbau der Fehlsubventionen im Wohnungswesen, zur Änderung des Sportwettengesetzes, zur Änderung des Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Aachen, zum Landesforstgesetz, zum Landschaftsgesetz, zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes zum Datenschutzgesetz, alle in Entwürfen der Landesregierung.

Auf Antrag der Landesregierung werden weiterhin der Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen sowie ein Übereinkommen über den Beitritt von Dänemark, Finnland und Schweden zum Schengener Abkommen nebst einem Kooperationsabkommen der Schengener Vertragsstaaten mit Island und Norwegen zum Abbau von Personalkontrollen an den gemeinsamen Grenzen und der Vierte Rundfunkänderungsstaatsvertrag über grenzüberschreitendes Fernsehen aufgerufen.

Am Montag, 13. Dezember, beginnt die Plenarsitzung mit Haushaltsberatungen. In

zweiter Lesung wird über das Haushaltsgesetz 2000 und die Änderung des Landesbesoldungsgesetzes debattiert. In Verbindung damit steht das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes NRW an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 ebenfalls in 2. Lesung zur Debatte. Es kommen an diesem Tag die Einzelpläne des Wirtschaftsministeriums, des Umweltministeriums, des Innenministeriums, des Ministeriums für Bauen und Wohnen, des Justizministeriums, des Landtags, des Landesrechnungshofs sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz 2000 zur Aussprache.

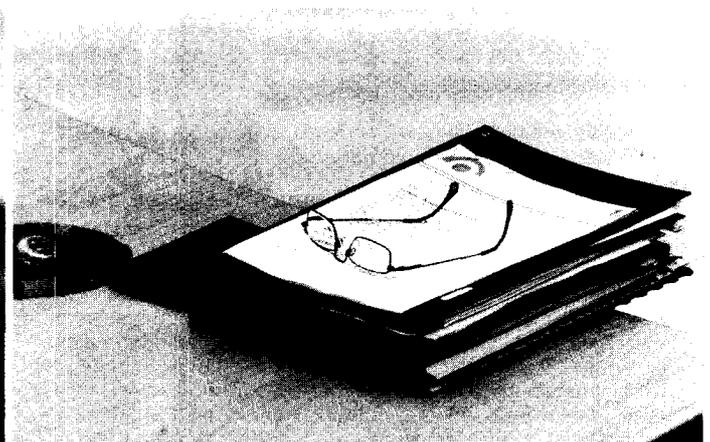
Am Dienstag, 14. Dezember, folgen die Beratungen der Haushalte des Schul- und Wirtschaftsministeriums, des Arbeits- und Sozialministeriums, des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie, des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei, des Finanzministeriums, die Allgemeine Finanzverwaltung und das Haushaltsgesetz 2000.

Am Freitag, 17. Dezember, steht dann die 3. Lesung des Haushaltsgesetzes 2000 im Entwurf der Landesregierung auf dem Plenarprogramm. In Verbindung damit erfolgt auch die Unterrichtung durch die Landesregierung über die Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1999 bis 2003. Die Plenardebatte endet mit der Diskussion des Abschlussberichtes der Enquetekommission I „Zukunft der Erwerbsarbeit“. Die Kommission erstattet zuvor einen Bericht. Alle Sitzungen beginnen um 10 Uhr.

an der Ruhr geehrt worden. Der 88jährige Jubilar gehört seit 70 Jahren der Partei an. Die Ehrung nahm der Mülheimer SPD-Ehrenvorsitzende und frühere Landtagsabgeordnete sowie Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Landtag, **Gerd Müller**, vor. Lange Mitgliedschaften haben in Fritz Denks Familie Tradition. Seine Tochter, die Mülheimer Bürgermeisterin **Lisa Pougias**, gehört bereits seit 40 Jahren der SPD an.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Dienstag, 14. Dezember, um 9.15 Uhr im Raum E 3 Z 03 des Landtagsgebäudes statt.



In „Landtag intern“ und die Presseschau des Landtags werfen Abgeordnete während der Plenarsitzungen gerne einen Blick hinein. Das Bild links zeigt den CDU-Abgeordneten Antonius Rösenberg bei der Lektüre der Parlamentszeitschrift; im rechten Bild „heute in der Presse“, die tägliche Zusammenstellung von Zeitungsberichten, auf dem Pult eines Parlamentariers.

Fotos: Schälte



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Sylvia Löhrmann, Fraktionssprecherin der GRÜNEN im Landtag

Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen hat ihre Parlamentarische Geschäftsführerin Sylvia Löhrmann zur neuen Fraktionssprecherin gewählt. Für die 42-jährige Oberstudienrätin aus Solingen stimmten am 23. November 15 von 20 anwesenden Abgeordneten. Es gab vier Enthaltungen und eine Neinstimme. Sylvia Löhrmann wurde am 1. März 1957 in Essen geboren. Sie studierte nach dem Abitur von 1975 bis 1981 Deutsch und Englisch an der Ruhr-Universität Bochum. Von 1984 bis 1995 war sie Lehrerin an der städtischen Gesamtschule Solingen und von 1988 bis 1995 Fachberaterin an der regionalen Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher in Solingen. 1994 und 1995 hatte sie das Amt einer Fachberaterin für Frauen- und Gleichstellungsfragen im Regierungsbezirk Düsseldorf inne. Den GRÜNEN gehört Frau Löhrmann seit 1985 an. Seit 1989 ist sie Mitglied des Rates der Stadt Solingen und dort Sprecherin ihrer Fraktion. Dem Landtag gehört sie als Mitglied seit dem 5. Oktober 1995 an. Sie war für die in ein Ministeramt gewechselte Abgeordnete Bärbel Höhn eingetreten. Im April 1998 wurde sie zur Fraktionsgeschäftsführerin gewählt. Sylvia Löhrmann löst als Fraktionssprecherin Christiane Bainski ab, die ihr Amt niedergelegt hatte, weil sie vom Landesparteitag der nordrhein-westfälischen GRÜNEN nicht wieder für das Parlament nominiert worden war. Zusammen mit Fraktionssprecher Roland Appel wird Frau Löhrmann die Fraktion bis zur Landtagswahl im Mai 2000 führen.

Weihnachtsbaum der Waldbauern schafft besondere Atmosphäre im Landesparlament

Der Weihnachtsbaum des Waldbauernverbandes bedeutet nach Auffassung von Landtagspräsident Ulrich Schmidt im alten wie im neuen Landtag ein Stück Tradition. Bei der Übergabe einer Nordmannstanne am 23. November in der Eingangshalle des Parlaments machte der Präsident deutlich, immer wenn der traditionelle Weihnachtsbaum stehe, entwickle sich eine besondere Atmosphäre, die auch der Politik über Fraktionsgrenzen hinweg diene. Ulrich Schmidt begrüßte, dass sich der Kontakt zur Organisation der Waldbauern in den letzten Jahren verdichtet habe. „Darauf können wir von beiden Seiten stolz sein.“

Der Vorsitzende des Waldbauernverbandes, Dietrich Graf von Nesselrode, versicherte bei der Übergabe des 5,50 Meter hohen Baumes an den Landtagspräsidenten, dass die nordrhein-westfälische Forstwirtschaft den umweltfreundlichen und nachhaltigen erzeugten, immer beliebter werdenden Rohstoff Holz in ausreichender Menge zur Verfügung stellen könne. Der Graf sah die Weihnachtstanne als ein Symbol für nachhaltige Wirtschaftsweise in den letzten 50 Jahren. Er sagte dem Rohstoff Holz auch im neuen Jahrtausend eine große Zukunft voraus und setzte sich für ein Herkunftszeichen ein. Er kündigte an, dass der nordrhein-westfälische Privatwald schon bald durch Kennzeichnung seiner Produkte und

durch Offenlegung der Art und Weise seiner Bewirtschaftung in einem regionalen Waldbericht den Bürgerinnen und Bürgern die Nachhaltigkeit seiner Bemühungen nachweisen werde. Er verband damit die Hoffnung, dass auch das Land NRW mit seinem Staatswald sowie die kommunalen Waldbesitzer sich zu einer gemeinsamen Nachhaltigkeitszertifizierung bereit erklärten. Der forstpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Horst Steinkühler, ließ mitteilen, dass zur Zeit in den Wäldern des Landes Holzreserven in einem Marktwert von 950 Millionen Mark lagerten.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, Heinrich Kruse (CDU), erklärte gegenüber „Landtag intern“, dass sich die Preise für Weihnachtsbäume bis zu zwei Metern in diesem Jahr stabil hielten. Der Politiker betonte, jeder, der einen Weihnachtsbaum kaufe, tue dem Wald nur Gutes. Durch den Einschluss entstünden für die übrigen Bäume bessere Entwicklungsmöglichkeiten. Er befürwortete auch den Kauf von Edeltannen. Sie stellten bei den hohen allgemeinen Kosten für die Waldbewirtschaftung für die Waldbauern eine gute Einnahmequelle dar.

Die stattliche Nordmannstanne, mit der sich im ansonsten wegen der Haushaltsberatungen noch sehr geschäftigen Landtag die Adventszeit ankündigte, stammt aus dem Graf Spee'schen Forst zwischen Düsseldorf und Duisburg. Seit 15 Jahren kommen die Weihnachtsbäume als Geschenk dorthin. In den Spee'schen Kulturen gebe es schon eine „Landtagsecke“, meinte der Hauptgeschäftsführer des Waldbauernverbandes, Nicolaus von Köckritz. Dort sind bereits die Nordmannstannen zu besichtigen, die 2004, 2005 oder später die Politik und Besucher im Eingangsbereich des Landtags auf Weihnachten einstimmen werden.



Vor der Nordmannstanne in der Eingangshalle des Parlaments: Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Waldbauernverbandes Nordrhein-Westfalen, Dietrich Graf von Nesselrode (r.).
Foto: Schälte

Jürgen W. Möllemann (F.D.P.) ist von der F.D.P. im Bezirk Münsterland mit 90 Prozent der Stimmen für den Landtag und das Amt des Spitzenkandidaten der NRW-F.D.P. nominiert worden.

Der Parteitag der Münsterländer Liberalen billigte einstimmig den von Möllemann vor-

gestellten Fahrplan zur Vorbereitung der Landtagswahl. Danach werde auf dem außerordentlichen Landesparteitag am 11. Dezember in Düsseldorf das Wahlprogramm verabschiedet und am Tag darauf auf der Landesversammlung die Liste für die Landtagswahl am 14. Mai 2000 aufge-

stellt. Am 23. Januar 2000 werde Möllemann auf dem Neujahrsempfang der NRW-F.D.P. einen Vorschlag für eine Koalitionsaussage machen, die dann am 25. März auf dem ordentlichen Parteitag des Jahres 2000 beschlossen werde, hieß es in einer Pressemitteilung.

Landtag trauert um Reimut Jochimsen

In einem Nachruf hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt seiner eigenen und der Betroffenheit des Parlaments über den Tod von Professor Dr. Reimut Jochimsen Ausdruck gegeben. Der Nachruf auf den im Alter von 66 Jahren verstorbenen Politiker und Wissenschaftler lautet wie folgt:

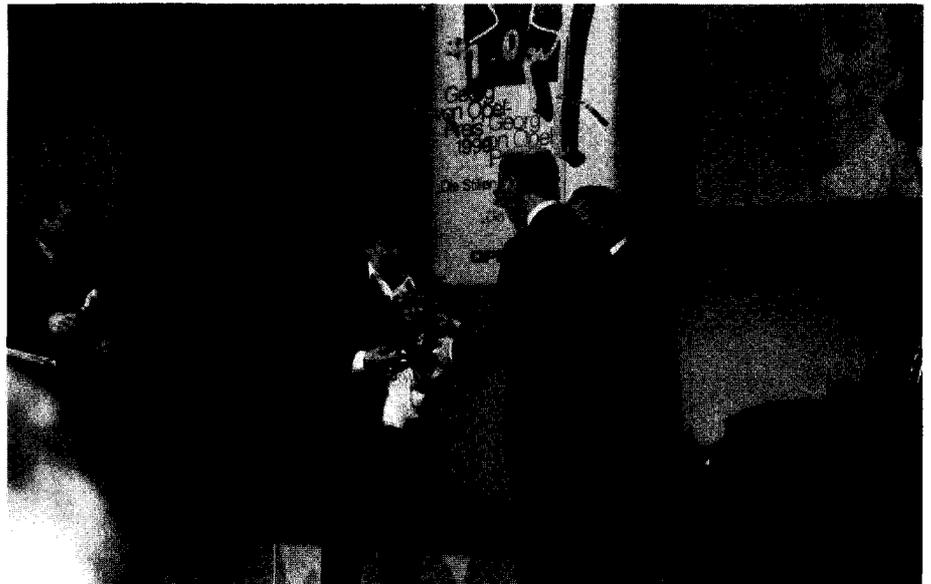
„Die Nachricht vom Tode Professor Dr. Reimut Jochimsens, der in der Nacht zum 25. November einem Krebsleiden erlegen ist, hat die Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen mit großer Trauer und tiefem Schmerz erfüllt.

Reimut Jochimsen gehörte unserem Landesparlament als Mitglied der SPD-Fraktion von 1980 bis 1990 an. Bereits 1978 berief Ministerpräsident Johannes Rau ihn als Minister für Wissenschaft und Forschung in sein Kabinett. Von 1980 bis 1990 gehörte er als Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie der Landesregierung an. Seit 1990 war er Präsident der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen. In all diesen herausragenden Funktionen hat Reimut Jochimsen seine hohe Intellektualität, seinen Bildungsreichtum, seine differenzierte Art des Denkens und Argumentierens und seine Gestaltungskraft in den Dienst unseres Landes Nordrhein-Westfalen gestellt.



Prof. Dr. Reimut Jochimsen

Vor der politischen hat Reimut Jochimsen sehr erfolgreich eine akademische Laufbahn eingeschlagen. Nach dem Abitur studierte er in Harvard, Bologna, Freiburg und Bonn. Er machte 1957 sein Examen als Diplom-Volkswirt und promovierte zwei Jahre später zum Dr. rer. pol. Nach einer Gastprofessur in Bologna folgte 1964 die Habilitation und die Berufung auf einen Lehrstuhl als ordentlicher Professor in Kiel. Den Wechsel in die aktive Politik vollzog er 1970, als er bei Willy Brandt für drei Jahre die Leitung der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt übernahm. Von 1973 bis 1978 amtierte er dann als Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. In der nordrhein-westfälischen Landespolitik bleibt sein Name verbunden mit der schwierigen Aufgabe, die wirtschaftlichen Strukturen des Ruhrgebiets zu erneuern. Reimut Jochimsen hat mit großem Erfolg in aller Welt für die Belange der nordrhein-westfälischen Industrie und ihrer Arbeitneh-



Annemarie Schraps nimmt aus den Händen von Franz Beckenbauer (vorne) in Frankfurt den Ehrenpreis und einen Blumenstrauß entgegen.

Annemarie Schraps erhielt Georg von Opel-Preis 1999

Für Engagement im Sport mit Ehrenpreis ausgezeichnet

Die CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Annemarie Schraps hat am 16. November im Mozartsaal der Alten Oper in Frankfurt den Georg von Opel-Preis 1999 erhalten.

Georg von Opel (1912 bis 1971) war von 1932 bis 1953 ein Ruderer von Weltklasse und gewann sieben Deutsche Meisterschaften. Er gehörte von 1951 bis zu seinem Tod im Jahre 1971 dem Olympischen Komitee von Deutschland (NOK) an und war ab 1966 Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees (IOC).

In Erinnerung an Georg von Opel zeichnet die Adam Opel AG unter dem Motto „Die stillen Sieger“ besonders engagierte Persönlichkeiten des Sports mit dem Georg von Opel-Preis aus.

Die Preise werden an Personen im Sport vergeben, die sich als aktive oder ehrenamtliche Helfer in außergewöhnlicher Weise und ohne Erwartung materieller Entschädigungen den Leistungsprinzipien des Sports sowie seiner sozialen, politischen und humanen Idee verschrieben haben. Mit dem Preis sollen die Persönlichkeiten bzw. das Lebenswerk des Preisträgers sowie seine Vorbildfunktionen gewürdigt werden.

Aus den Kategorien „Sportler in sozialer Verantwortung“, „Besondere Kämpfer“, „Ehrenamtliche Helfer“ und „Unvergessene Meister“ wählte die Jury unter dem Vorsitz von Franz Beckenbauer die Preisträger aus. Neben Beckenbauer gehörten der Jury Mitglieder und Präsidenten der Adam Opel AG, der Deutschen Olympischen Gesellschaft, des Deutschen Sportbundes und des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland an.

Dr. Annemarie Schraps (MdL) erhielt den Ehrenpreis „Ehrenamtliche Helfer“. — Sie gründete vor 21 Jahren in Krefeld den Verein „Sport für betagte Bürger e. V.“ und ist bis heute dessen Vorsitzende. Als ursprüngliche Aufgabe stellte sich der Verein die Betreuung sportlicher Aktivitäten der über Sechzigjährigen, die in den anderen Sportvereinen teilweise überfordert waren. Er entwickelte sich in den Jahren, angetrieben durch Ideen und Anstöße von Frau Annemarie Schraps, zu einer Institution mit vielseitigen gemeinsamen Unternehmungen, u. a. auch, um der Vereinsamung im Alter entgegenzuwirken. Heute zählt der Verein 1 880 Mitglieder.

mer geworben. Mit beispielhaftem Engagement hat er wirtschaftspolitische Impulse geben und technischen Innovationen den Weg bereiten können. Mit großer Beharrlichkeit hat er die energiepolitischen Auseinandersetzungen über den „Schnellen Brüter“ in Kalkar bestritten. Seinem Verhandlungsgeschick ist es zu danken, dass das Konzept der regionalisierten Strukturpolitik angenommen und umgesetzt werden konnte. Sein erfolgreicher Einsatz für Ausbildungsplätze mit Zukunft ist unvergessen. Auch als Präsident der nordrhein-westfälischen Landeszentralbank hat Reimut Jochimsen seine immensen wissenschaft-

lichen, wirtschaftlichen und politischen Erfahrungen und Kenntnisse unserem Land zugute kommen lassen. Der gebürtige Schleswig-Holsteiner blieb NRW verbunden und stellte seine analytischen und beraterischen Fähigkeiten zur Verfügung, um die Rolle Nordrhein-Westfalens in einer völlig veränderten politischen und ökonomischen internationalen Situation neu zu definieren. Der Landtag NRW trauert um Professor Dr. Reimut Jochimsen. Er hinterlässt eine große Lücke. Wir werden seinen Rat vermissen. Unser Mitgefühl gehört seiner Familie. Wir werden Reimut Jochimsen nicht vergessen.“

Filmstiftung NRW erreicht wirtschaftlichen Effekt von über 400 Prozent

Auf die Prüfungsfeststellungen des Landesrechnungshofs zur Filmförderung in Nordrhein-Westfalen hatte der Sprecher der CDU-Fraktion, Lothar Hegemann, in der Sitzung des Hauptausschusses unter dem Vorsitz von Professor Dr. Manfred Danmeyer (SPD) am 23. September verwiesen und die Frage gestellt, ob die Landesregierung angesichts dieser Feststellungen die Filmstiftung zu überdenken beabsichtige. Der Chef der Staatskanzlei, Georg Wilhelm Adamowitsch, hatte daraufhin dem Hauptausschuss einen umfassenden Bericht zu diesem Thema nach Beratung im Ausschuss für Haushaltskontrolle zugesagt. Dieses Positionspapier zum Kapitel 14 (Filmförderung) des Jahresberichts 1999 des Landesrechnungshofs, das zunächst die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH darstellt und dann auf die Hauptkritikpunkte des LRH eingeht, ist dem Hauptausschuss als Vorlage 12/3003 kürzlich zugegangen.

Staatssekretär Adamowitsch weist in seinem Bericht darauf hin, zu den wesentlichen Erfolgen der Filmstiftung zähle nicht nur, dass sie Modell für eine grundlegende Restrukturierung der Filmförderung in Deutschland gewesen sei. Maßgeblich sei vielmehr, dass mit der Gründung der Filmstiftung und dem Einsatz der Landesmittel in der Filmstiftung herausragende Investitionseffekte in der NRW-Film- und Fernsehbranche erzielt worden seien. In den Jahren 1991 bis 1998 seien 107 Millionen Mark Fördermittel des Landes bewilligt worden. Im gleichen Zeitraum seien – im Rahmen der durch die Filmstiftung geförderten Produktionen – in NRW film- und fernsehwirtschaftliche Ausgaben in Höhe von 440 Millionen Mark getätigt worden. Der unmittelbare wirtschaftliche Effekt liege damit bei mehr als 400 Prozent der gewährten Landesmittel.

Zu den Hauptkritikpunkten des Landesrechnungshofs führt der Chef der Staatskanzlei an, der LRH kritisiere generell das vielgliedrige, föderale Filmfördersystem in Deutschland, das trotz erheblicher finanzieller Anstrengungen nicht habe dazu beitragen können, die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Spielfilme gegenüber ausländischen, insbesondere US-amerikanischen Filmen nachhaltig zu verbessern. Diese Feststellung des LRH betreffe nicht einseitig die Filmstiftung NRW, sondern alle Filmförderinstitutionen in Deutschland in gleicher Weise. Richtig sei: Es gebe in NRW und Deutschland bis heute keine sich selbst tragende Kinofilmproduktionswirtschaft. Diese Feststellung gelte für alle EU-Staaten und werde noch in vielen Jahren Gültigkeit haben. Die Ursachen hierfür seien bekannt. Die US-amerikanische Unterhaltungsindustrie verfüge weltweit über herausragende Wettbewerbsvorteile. Allerdings sei aus fachlicher Sicht völlig unstrittig, dass die Filmförderung dazu beigetragen habe, eine völlige Marktverdrängung des deutschen Kinofilms zu verhindern und inzwischen auch ein neues

Ex- Kultusminister Professor Paul Mikat wird 75 Jahre alt

Am 10. Dezember 1999 wird der Staats- und Kirchenrechtler, Schulreformer und langjährige aktive Unionspolitiker Paul Mikat 75 Jahre alt.

Paul Mikat wurde 1924 in Scherfede/Kreis Warburg im südlichen Westfalen geboren, ging in Essen zur Schule, absolvierte ein Praktikum in der Gusstahlfabrik Fried. Krupp, war von 1942 bis 1945 Soldat und studierte nach dem Krieg Theologie, Germanistik, Geschichte und Rechtswissenschaft, worin er 1954 promovierte. Zwei Jahre später habilitierte er sich als Privatdozent für Rechtsgeschichte und Kirchenrecht in Bonn und folgte 1957 einem Ruf als Ordinarius an die Universität Würzburg.

Mikats politische Heimat ist die CDU, der er 1945 mit 21 Jahren beitrug. 1957 unterstützte er den zum CDU-Bundeswahlleiter bestellten NRW-Ministerpräsidenten Franz Meyers, der ihn schließlich 1962 als Kultusminister in sein Kabinett holte. Der Landesregierung gehörte Paul Mikat bis 1966 an. Mitglied des Landtags war er von 1966 bis 1969. Von 1963 bis 1965 war Mikat Präsident der Kultusministerkonferenz und Vorsitzender des kulturpolitischen Ausschusses des Bundesrates. 1965 wollte ihn der damalige Bundeskanzler Erhard (CDU) zum Innenminister machen, aber Mikat schlug dieses Angebot ebenso aus wie 1969 den Ruf des Bundespräsidenten Heinemann (SPD) ins Bundespräsidialamt. 1969 wechselte Mikat in den Bundestag, dem er bis 1987 als Justiziar der CDU/CSU-Fraktion angehörte. 1972 gehörte Mikat zur Mannschaft des Kanzlerkandidaten Rainer Barzel (CDU).

Mikat leitete die bildungspolitischen Reformen in Nordrhein Westfalen ein. In seiner Amtszeit – damals gab es noch kein Wissenschaftsministerium – wurde Nordrhein-Westfalen das hochschulreichste Land der Bundesrepublik. Zu den Universitäten Köln, Bonn, Münster und der TH Aachen traten Bochum, Düsseldorf, Dortmund und Bielefeld als Neugründungen.

deutsches Kino zu etablieren, das durchaus in der Lage sei, Anteile am Kinomarkt zurückzuerobern. Im ersten Halbjahr 1999 habe der deutsche Film erneut Marktanteile von mehr als 15 Prozent erzielt.

Zur Ansicht des LRH, die Filmförderung der Filmstiftung sei nicht in vollem Umfang erfolgreich gewesen, weil nur wenige Fördermittel an die Filmstiftung zurückgezahlt worden seien, merkt Adamowitsch an, auch hier unterscheide sich die Filmstiftung nicht von den anderen großen Filmförderinstitutionen in Deutschland. Auch in Bayern, Berlin oder Hamburg würden nur in sehr geringem Umfang Rückflüsse aus Filmfördermitteln erzielt. Die Höhe von Fördermittelrückflüssen sei kein wesentlicher Maßstab zur Bewertung des Erfolgs einer Filmförderungsinstitution. Denn die Filmstiftung sei keine Filmbank, sondern eine Entwicklungsagentur. Um Drittmittel für Filmproduktionen zu mobilisieren, nehme die Filmstiftung in Kauf, dass ihre Fördermittel



Das Foto wurde 1965 aufgenommen: Professor Dr. Paul Mikat war zu der Zeit Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Foto: Archiv

Die Auflösungen der ein- und zweiklassigen Grundschulen wurden eingeleitet und viele neue Gymnasien eröffnet. Mitte der 60er-Jahre wurde der Kultusminister bundesweit bekannt, als er dem Lehrermangel an Rhein und Ruhr wirksam durch in Sonderkursen ausgebildete Hilfslehrerinnen – den sogenannten Mikätzchen – begegnete.

Seit 1987 übt Mikat zwar kein politisches Mandat mehr aus, aber er übernahm zahlreiche Sonderaufträge der Bundesregierung wie auch des Düsseldorfer Kabinetts. Im Auftrag der SPD-Landesregierung in Düsseldorf leitete er zwischen 1987 und 1989 die Kommission Montan-Region, die ein Zukunftsprogramm für die strukturschwachen Kohlegebiete des Landes erarbeitete.

Im Oktober 1989 berief ihn Bundeskanzler Helmut Kohl an die Spitze der Kohlekommission, die im Auftrag des Bundes Modelle für die Zukunft der deutschen Kohle nach dem Auslaufen des Jahrhundertvertrags zur Kohleverstromung 1995 entwickelte.

Seine Erkenntnisse hat Mikat in zahlreichen Büchern und Schriften niedergelegt. Er ist Ehrenbürger des Ruhrgebietes und Träger des Staatspreises des Landes Nordrhein-Westfalen. Das Promotionsstipendium der Paul-Mikat-Stiftung fördert besonders qualifizierte Doktoranden.

Rolf Hagemann

nachrangig zurückgeführt würden. Zudem erschwerten die wirtschaftlichen Strukturen in der deutschen Filmbranche Erlösrückflüsse an die Produzenten und damit an eine Filmförderungsinstitution. Darüber hinaus lege bei der Förderung von Filmprojekten die Filmstiftung nicht nur wirtschaftliche, sondern auch kulturelle Gesichtspunkte zugrunde. Der deutsche Kinomarkt werde nach wie vor durch US-amerikanische Produktionen dominiert. Deshalb seien die durch Einnahmen an der Kinokasse eröffneten Refinanzierungschancen für deutsche Kinofilme begrenzt.

Der Staatssekretär weist abschließend darauf hin, es sei gelungen, NRW, das vor wenigen Jahren noch über weite Teile film- und fernsehwirtschaftliches „Brachland“ gewesen sei, zum führenden Film- und Fernsehproduktionsstandort in Deutschland zu entwickeln, an dem heute mit Abstand das größte Film- und Fernsehprogrammproduziert werde.

Dreharbeiten zum Film über 50 Jahre Landesverfassung

Spieldokumentation über das Fundament unserer Demokratie

„Kamera läuft, Ton läuft, Ruhe!“ Im großen Saal des Tanzhauses NRW an der Erkrather Straße in Düsseldorf, einem ehemaligen Straßenbahndepot, ist es mäuschenstill. Wo sonst Tänzerinnen und Tänzer Pirouetten wirbeln, wird ein Film gedreht. Ein Film für den Landtag. Über die Landesverfassung, die Mitte 1950 in leidenschaftlich geführter Debatte im Ständehaus Gestalt annahm. Im nächsten Jahr wird ihr 50-jähriges Bestehen gefeiert. Dann soll der Film fertig sein.

Wo sonst 300 Zuschauer die Aufführungen beklatschen, erstarrt gerade das Dutzend Leute des technischen Stabes, um die elf Sekunden des Bilds 3 in den Kasten zu bekommen. Drei Schauspieler sitzen auf zwei Bänken an einem langen Tisch; die Protokollantin daneben an einer Art Schreibtisch. Es geht heute zu Beginn des Drehtags um den vierten Abschnitt der Landesverfassung, der über Arbeit und Wirtschaft (inzwischen ist der Punkt Umwelt per Verfassungsergänzung 1985 hinzugekommen) handelt. Damals stritten sich die Abgeordneten über die Frage, ob die Grundstoffindustrie in Gemeineigentum überführt werden sollte und wie „das Recht der Arbeitnehmer auf die gleichberechtigte Mitbestimmung bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung anerkannt und gewährleistet werden soll“.

Friedrich Middelhaue (F.D.P.) hat gerade darauf hingewiesen, dass jeder Versuch, im Lande bei der Vergesellschaftung über das schon verabschiedete Bonner Grundgesetz hinauszugehen, zu Konflikten führen wird. Diese Frage falle eindeutig in die Kompetenz des Bundes. Der Präsident des Landtags schließt die Debatte zu Artikel 27 ab und leitet zur Mitbestimmung über. Auch hier eine ähnliche Situation, nur ist es diesmal der CDU-Abgeordnete Johannes Even, der allen ins Einzelne gehenden Mitbestimmungsregelungen in der Landesverfassung eine Abfuhr erteilt, weil auch in dieser Frage die Gesetze auf Bundesebene zu beraten und zu beschließen seien.

Zuvor bei der Vergesellschaftungsfrage hatte sich die SPD mit ihrem Sprecher Fritz Henßler über den Kurswechsel der CDU gewundert, die sich offenbar von ihren „Ahleiner Beschlüssen“ abgewandt hatte und den Verfassungsartikel über die Überführung der Grundstoffindustrien von einer Soll- in eine Kann-Vorschrift verwandelt sehen woll-



Die Schauspieler vor der Kulisse der entscheidenden dritten Lesung im Landtag.



Ein paar Tupfer der Maskenbildnerin, dann kann der Dreh beginnen (v. r.) Hans Peter Hallwachs, Peter Weiß, Maskenbildnerin, Karen Hempel und Bernd Kuschmann. Fotos: Schälte

te. Die im Landtag vertretene KPD hatte durch Rudolf Wascher festgestellt: „Verfassungsfragen sind Machtfragen, die zwischen dem werktätigen Volk und der kleinen Handvoll Monopolkapitalisten entschieden werden.“

In dieser Szene sitzen drei Schauspieler am Tisch. Bernd Kuschmann übernimmt vor allem den Part der F.D.P., Peter Weiß den der SPD und Hans Peter Hallwachs hauptsächlich den der CDU. Daneben schlüpfen sie noch in die Rollen von Zentrum und KPD, die zu jener Zeit im Landtag vertreten waren. Sie agieren vor dem großen Bild jener Plenarsitzung im Ständehaus, dem alten Landtag. Es dient nur zur Simulierung der Originalsituation, mit der ansonsten ganz bewusst gebrochen wird. Drehbuchautorin und Regisseurin Karla Volke hat darum bei der Auswahl der Schauspieler Ähnlichkeit mit den dargestellten politischen Protagonisten gar nicht erst angestrebt. Auch Geschlechter spielen keine Rolle: Ein Mann spricht die Rolle von Christine Teusch (CDU), von 1947 bis 1954 Kultusministerin des Landes. Die Schauspieler tragen zwar die protokollarisch festgehaltenen Redebeiträge exakt vor, sie versuchen aber nicht, die entscheidenden Plenardebatten nachzuspielen. Es gibt in dem Film kein Rednerpult, die Künstler sitzen, stehen, gehen umher und unterhalten sich zwischendurch. Volke: „Es soll kein Spielfilm werden. Wir spielen hier nichts nach und wir erheben nicht den Anspruch, authentisch zu sein. Wir zeigen nur die Anmutung und worüber man damals debattiert hat. Es wird eine gespielte Dokumentation.“

So greift auch die Protokollantin im Film (Karen Hempel) ins Geschehen ein. Als es einmal beim Wortgefecht zum Tagesordnungspunkt Schule, Kunst und Wissenschaft, Religion und Religionsgemeinschaften — an den unüberbrückbaren Differenzen in der Frage der Gemeinschafts- oder Konfessionsschule scheiterte damals die breite einvernehmliche Verabschiedung

der Verfassung im Landtag — so hoch hergeht, dass sie alle Stenobleistifte stumpf schreibt und den letzten in der Hitze des Gefechts abbricht, seufzt sie ganz unchristlich: „Heilandsakra — oh, Verzeihung, das passt jetzt gerade wohl nicht so, aber was die sich auch haben, so heftig gestritten haben sie ja selten über was ... Aber wissen's was“, wendet sie sich an die Zuschauer, „ich glaub' ja, dass der Streit so heftig ist, weil in knapp zwei Wochen Landtagswahlen sind ...“

Das ist der filmische Versuch, über ein weit zurückliegendes und seinerzeit entscheidendes Thema zugleich locker und informativ zu berichten. In den Vorgaben zu „50 Jahre Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen“ heißt es, die Spieldokumentation sei so zu realisieren, dass die Kernpunkte der Diskussion mit renommierten Schauspielern als nachgestellte und konzentrierte Handlung wiedergegeben werden, dazu seien historische Dokumente einzublenden. Weiter wörtlich: „Werbefilmähnliche Impressionen aus dem modernen NRW umrahmen die Handlung, um die Modernität der Landesverfassung und ihre herausragende Bedeutung bis zum heutigen Tage (und darüber hinaus) zu dokumentieren.“

Das mit den formalen Mitteln des Werbefilms will Regisseurin Volke nicht missverstanden wissen: „Es wird kein Werbefilm gedreht. Der Film soll in seinen 20 Minuten Länge formal attraktiv sein, informieren und ansprechen. Und er soll mit Blick auf ein junges Publikum die Informationen altersgerecht präsentieren.“ Das Vorurteil von der Politikferne der jungen Generation lässt sie nicht gelten: „Schüler und junge Menschen sind sehr wohl interessiert, wenn man an sie herangeht.“ Dann begriffen sie auch die Bedeutung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung — „dass sie Voraussetzung und Fundament war für den Aufschwung und Wiederaufbau des Landes und der Bundesrepublik“.

SPD-Fraktion

Heimische Braunkohle behält ihre Wettbewerbsfähigkeit

Die SPD-Landtagsfraktion ist erleichtert über den zwischen Ministerpräsident Wolfgang Clement und Bundeskanzler Gerhard Schröder erreichten Kompromiss zur zweiten Stufe der Ökosteuerrreform. „Wolfgang Clement hat eine klare Linie verfolgt und damit die Zukunftschancen der heimischen Kohle gesichert“, erklärte Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Manfred Dammeyer. Die SPD-Fraktion sei Wolfgang Clement und Gerhard Schröder sehr dankbar, sagte Dammeyer. Die Braunkohle behalte ihre Wettbewerbsfähigkeit, gleichzeitig würden regenerative Energien konsequent gestärkt; an diesem nordrhein-westfälischen Weg einer verlässlichen, berechenbaren und zukunftsorientierten Energiepolitik werde nicht gerüttelt.

Preiswertes Schülerticket erfolgreich

Als einen überwältigenden Erfolg hat der Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in der Enquetekommission „Zukunft der Mobilität“, Walter Bieber, die Einführung des verbilligten Schülertickets, das Schülerinnen und Schüler in Bonn und Troisdorf ohne Einschränkungen auch für Freizeitfahrten nutzen können, bezeichnet. „Mehr als 13 000 Schülerinnen und Schüler aus 16 städtischen und privaten Schulen haben das preisgünstige Schülerticket erworben und möchten die Vorteile der unbegrenzten Mobilität im Gebiet des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg nicht mehr missen“, bilanzierte Bieber.

„Weitere Schulen haben ihr Interesse an diesem Ticket bereits bekundet“, stellte der SPD-Verkehrsexperte fest und erläuterte, der günstige Fahrpreis von 14,50 Mark im Monat komme allerdings nur unter der Bedingung zustande, dass alle Schüler einer Schule auf freiwilliger Basis das Ticket erwerben und der Schulträger seine finanziellen Leistungen in gleicher Höhe wie zur Zeit vor dem Modellvorhaben aufrechterhält. Unter diesen Voraussetzungen zahle auch das Land Nordrhein-Westfalen seine Zuschüsse zum Schülerverkehr in unveränderter Höhe weiter.

Bieber erklärte, dass auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion die Landesregierung gebeten werden solle, kurzfristig alle Voraussetzungen zu schaffen, das Schülerticket auf freiwilliger Basis bei jeder weiterführenden Schule in Nordrhein-Westfalen mit Beginn des Schuljahres 2000/2001 einführen zu können.

CDU-Fraktion

CDU setzt sich für Zukunftssicherung der Hauptschule ein

Für eine Stärkung und Weiterentwicklung der Hauptschule haben sich auf einem Hauptschulforum der CDU-Landtagsfraktion NRW die baden-württembergische Kultusministerin Dr. Annette Schavan, CDU-Fraktionschef Laurenz Meyer und der stellvertretende Landesvorsitzende Eckhard Uhlenberg ausgesprochen.

In ihrer Rede vor dem vom schulpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Bernhard Recker, geleiteten Forum betonte Dr. Schavan, dass die Hauptschule bis heute eine Schule mit hoher Innovationsfähigkeit sei und deshalb politische und gesellschaftliche Unterstützung verdient habe. Als zentrale Punkte für eine Weiterentwicklung und Profilierung der Hauptschule nannte die Ministerin

- die Entwicklung der Hauptschule in eine „Praktikerschule“ durch Lernkonzepte, die Praxis und Anschaulichkeit vermitteln,
- die Entwicklung der Hauptschule zu einer „berufsweltoffenen“ Schule durch stärkere Zusammenarbeit von Hauptschule, Berufsschule, Wirtschaft und Handwerk,
- die verstärkte Förderung von lernschwachen Schülerinnen und Schülern. Die Ministerin verwies auf Baden-Württemberg, wo dies z.B. durch einen regelmäßigen Praxistag, der wöchentlich in Betrieben zu absolvieren sei, geleistet werde.

Auch CDU-Fraktionschef Meyer betonte vor den rund 200 Teilnehmern die Bedeutung der Hauptschule. Sie sei schon immer die Schulform gewesen, die Schülerinnen und Schüler unterschiedlichster Begabungen und unterschiedlichster sozialer und kultureller Prägungen aufzunehmen hatte. Meyer regte an, besonders über Ganztagsbetreuungsangebote an Hauptschulen zu diskutieren und die Hauptschule den gesellschaftlichen Veränderungen gemäß zu gestalten.

Der stellvertretende Landesvorsitzende Eckhard Uhlenberg betonte, dass die häufig ideologisch motivierten bildungspolitischen Fehlentscheidungen der Landesregierung die Hauptschule in eine besorgniserregende Situation gebracht hätten. Während es vor allem im ländlichen Raum noch Übergangsquoten zu Hauptschulen von mehr als 30 Prozent gäbe, seien die Übergangsquoten vor allem in Großstädten auf unter 10 Prozent in dramatischer Weise gesunken. Einen Ausweg aus diesem Dilemma könnten Maßnahmen wie die Verschärfung schulart-spezifischer Profile und die Weiterentwicklung einer besonderen Hauptschulpädagogik bewirken.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

DIE GRÜNEN-Fraktion

Zweite Stufe Ökosteuern Grünes Licht aus NRW

Die Auseinandersetzung auf Bundes- und Landesebene um die Zustimmung des Landes NRW im Bundesrat zur zweiten Stufe der Ökosteuerrreform bestimmte die öffentliche Debatte der vergangenen Wochen.

Hintergrund für die Zustimmung des Landes Nordrhein-Westfalen im Bundesrat war dabei der von den Spitzen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vereinbarte Kompromiss mit speziellen Regelungen für die steuerliche Gleichstellung von modernen Gaskraftwerken.

Durch die vereinbarte Verdoppelung der Kraft-Wärme-Kopplung und durch die Einführung einer kostendeckenden Vergütung für Solarstrom wurden darüber hinaus wichtige Impulse für eine umweltverträgliche Energienutzung und -erzeugung gegeben,

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag NRW war zweierlei wichtig:

1. die Zustimmung des Landes zum vorliegenden Gesetzentwurf im Bundesrat – das ist geschehen,
2. die Fortsetzung der Ökosteuern in dem vereinbarten Umfang mit den bekannten Kernpunkten – auch das ist geschehen.

Die ökologische Steuerreform ist eine historische Wende in der Steuerpolitik. Sie ist gut für die Arbeit und gut für die Umwelt. Die Nettolöhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steigen, und auch die Unternehmen werden durch geringere Beiträge entlastet.

Zu den größten Gewinnern der ökologischen Steuerreform gehören die Hersteller von Investitionsgütern: z.B. im Maschinenbau und der elektrotechnischen Industrie. Das Gesetz sichert Hunderttausende von Arbeitsplätzen. Denn die Steigerung der Energieproduktivität ist z.B. im Bereich Wärmedämmung sehr arbeitsintensiv. Und bei Entwicklung, Produktion, Installation und Wartung neuer Effizienztechnologien bieten sich auch enorme Exportchancen.

Die Ökosteuern sind darüber hinaus aber die wichtigste Grundlage für den Klimaschutz, weil sie ein deutliches Signal setzen, dass sich in Zukunft energieeffiziente Maßnahmen rechnen werden.

Denn sowohl aus ökonomischen wie auch aus ökologischen Gründen müssen wir unsere knappen Energieressourcen effizient nutzen.

Beim Bau und der Entwicklung von hocheffizienten Technologien muss Deutschland weltweit eine führende Rolle spielen. Nur dann eröffnen sich auch in der Grundlast der Stromproduktion auf den internationalen Märkten große Chancen.

Gleichwohl ist es unstrittig, dass im deutschen Energiemix kurz- und mittelfristig die Braunkohle ihren Platz hat und behält. Auch die Braunkohle muss sich allerdings dem Wettbewerb auf dem europäischen Strommarkt stellen – hier werden die Weichen für die Zukunft der deutschen Braunkohle gestellt; nicht mit der Antwort auf die Frage, ob Deutschland auch ein Markt für moderne Gaskraftwerke sein kann oder dies dem benachbarten Ausland überlässt.

Sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze durch ökonomisch und ökologisch vertretbare Energieerzeugung ist die Aufgabe der Zukunft, der wir uns stellen müssen. Die Rückwärtsgewandte, ideologisch geprägte Bevorzugung fossiler Energieträger macht dabei keinen Sinn.



Ilse Brusis, SPD-Landtagsabgeordnete und Sportministerin des Landes Nordrhein-Westfalen, sowie Dr. Hans Kraft (SPD), Vorsitzender des Sportausschusses im Landtag, waren strahlende Ehrengäste beim „Gala-Abend des Sports“ in Ratingen. Das Sport-Fest wird traditionell vom Stadtsportverband Ratingen und einer Großbank veranstaltet. Den Eröffnungswalzer tanzte Ministerin Brusis mit den deutschen Sprinter-Königen Mark und Holger Blume.

Personalien

Hans Kern (SPD), Landtagsabgeordneter, ist mit 99 von 103 abgegebenen Stimmen als Vorsitzender des Kreisverbandes Oberberg der Arbeiterwohlfahrt (AWO) bestätigt worden. Der oberbergische Abgeordnete lenkt für vier weitere Jahre die Geschicke des großen Sozialverbandes. Unter seinem Vorsitz hat sich die AWO im Oberbergischen Kreis zu einem finanziell gesunden, mittelständischen Unternehmen mit über 400 Beschäftigten entwickelt.

Bernd Schulte (CDU), Landtagsabgeordneter aus Lüdenscheid, ist auf dem 35. Kreisparteitag der Märkischen CDU am 20. November in Neuenrade mit eindrucksvoller Mehrheit in seinem Amt bestätigt worden. Ebenfalls wiedergewählt wurde der CDU-Landtagsabgeordnete **Hubert Schulte** aus Menden als stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU Mark.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat Edgar Moron MdL (SPD), Par-
lamentarischer Geschäftsführer, Heinz Hardt MdL
(CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer,
Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Fraktionssprecherin
und Parlamentarische Geschäftsführerin, Hans-
Peter Thelen (SPD), Pressereferent,
Notker Becker (CDU), Pressesprecher,
Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Ver-
lag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-
gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Wenn er in Syrien ist, sagt er: „Ich bin aus Deutschland.“ Sitzt er im Düsseldorfer Landtagsbüro, entfährt es ihm: „Ich bin Ruhrgebietler.“ So jemand wie Jamal Karsli ist also der geborene Brückenbauer, und so versteht sich der 43-Jährige, der 1980 nach Recklinghausen kam, auch. Ihm geht es um die Gleichberechtigung der hier lebenden Ausländer. Karsli spricht stets von Migranten. Als deutscher Abgeordneter der GRÜNEN versucht er, sowohl bei den Deutschen als auch bei den Ausländern wechselseitige Vorurteile zu beseitigen.

Der Mann ist ein Temperamentsbündel, sein Deutsch ist ausgezeichnet. 1980 konnte er bloß ein deutsches Wort: Postfach. Und heute? Am 12. September hat er für den Bürgermeister-Posten in Castrop-Rauxel kandidiert. 2,7 Prozent sind es geworden, na ja, die politische Lage war für die GRÜNEN eben nicht günstig. Karsli hatte sich nicht zur Bewerbung gedrängt. Aber die GRÜNEN-Freunde aus Castrop-Rauxel wollten ihn. Sie sagten: „Du mußt es machen, du kannst das, hast politische Erfahrung, bist politisch engagiert, verstehst etwas von Raumplanung.“ Karsli, gelernter Industriechemiker, der in Dortmund Raumplanung studiert hat und zwei Übersetzer-Büros besaß, bevor er sich endgültig der Politik als Vollzeitjob verschrieb, leidet nicht an Minderwertigkeitskomplexen. Er traut sich viele politische Aufgaben zu, Regierungsämter eingeschlossen. Politische Vorbilder habe er nicht, betont er energisch, wozu auch: Jeder Mensch habe doch Vor- und Nachteile.

Wenn er über seinen Arbeitseinsatz erzählt, hört sich das an, als ob da jemand sieben Tage in der Woche für die Veränderung der Gesellschaft schufte. Flüchtlings- und migrationspolitischer Sprecher ist Jamal Karsli bei den GRÜNEN, den Petitionsausschuss nimmt er sehr ernst. In vier Landtagsjahren seien es 1 000 Petitionen, vornehmlich von Ausländern gewesen, die er bearbeitet habe. 400 Ortstermine seien vonnöten gewesen. Karsli zeichnet das Bild eines umtriebigen Abgeordneten, der im Lande umherreist, um Gutes zu tun. Erfolgserlebnisse bauen angesichts eines solchen physischen und psychischen Einsatzes besonders auf. Neulich in Bonn habe ihn ein Farbiger aus Togo auf der Straße wiedererkannt und ihm so gedankt: „Ohne Sie wäre ich tot.“ Karsli hatte sich mit Erfolg für den damals in Abschiebehaft Genommenen eingesetzt.

1985 hat Karsli die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen. Einen syrischen Pass besitzt er nicht. Und dennoch: Wenn er politisch wieder einmal kräftig hinlangt, passiert es schon, dass ihn Kollegen von anderen Fraktionen für einen Ausländer halten, der sich erdreistet, im deutschen Parlament gegen Deutsche Stellung zu beziehen. Denen ruft er entgegen: „Was wollt ihr eigentlich, ich bin Deutscher wie ihr, und ich bin gewählter Abgeordneter wie ihr.“ Karsli erinnert sich (schmunzelnd!) auch daran, wie es ihm beim Start in der deutschen Politik in Castrop-Rauxel entgegen schallte: „Jetzt fehlen hier bloß noch Kamele, dann haben wir endgültig arabische Verhältnisse!“

Karsli ist jemand, der sich nicht unterkriegen lässt. Er hat von der verehrten Mutter das Kämpferherz geerbt. Beim zweijährigen Sohn (Karsli hat noch zwei Töchter) sei schon jetzt etwas von seinem, des Vaters Naturell, zu spüren. Karslis Grundsatz heißt: Herausforderungen sind dazu da, um angenommen zu werden. Ein bisschen klingt bei ihm alles nach dem Toyota-Spruch: Nichts ist unmöglich. Seit dem 16. Lebensjahr hat er sich für Politik interessiert. Für amnesty hat er sich engagiert, gegen die Todesstrafe, für die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Karsli ist



Jamal Karsli (GRÜNE)

Moslem, aber keiner von der gepanzerten Sorte. Seine Frau, eine Italienerin und Lehrerin, die er in Venedig kennengelernt hat, ist Katholikin. Die gemeinsamen beiden kleinen Kinder werden weder christlich noch muslimisch dominiert. „Wir versuchen das Beste aus beiden Religionen, die ohnehin nicht so unterschiedlich sind, zu vermitteln.“ Die Kinder wachsen vielsprachig auf: Mit ihnen wird daheim in Recklinghausen deutsch, italienisch und arabisch geredet. Vater Karsli platzt vor Stolz, wenn er erzählt, wie die Kleinen abends vor Freude ihm entgegenhüpfen, auf den Arm genommen werden möchten, und wie sie dann sogar noch einmal mit Papa essen, obwohl sie eigentlich schon satt sind.

Der ausgeprägte Familiensinn ist in Syrien typisch, mehr noch als bei den Italienern, weiß Karsli. Er hat elf Geschwister, 70 Neffen und Nichten und mehr als 200 Cousins und Cousins ersten Grades. Wenn Jamal Karsli zu Besuch in Syrien weilt, bricht ein tagelanges Sippenfest an. „Als ich das letzte Mal fünf Wochen bei der Verwandtschaft war, wurden in der Zeit bestimmt 40 Hammel geschlachtet.“ Der enorm starke Familienzusammenhalt in Syrien trägt seiner Meinung nach auch dazu bei, dass es dort viel weniger Jugendliche mit psychischen Störungen gebe als in Deutschland.

Als er vor knapp 20 Jahren hierher kam, war er geschockt über die emotionale Kälte der Menschen. Weiter fiel ihm auf, dass die Deutschen Portemonnaies bei sich trugen. „Aha“, habe ich mir gedacht, „Geld muss hier eine besonders hohe Bedeutung haben.“ Inzwischen besitzt er, der Deutsche aus Syrien, auch eine Geldbörse, schon wegen der üblichen Kreditkarten.

Karsli möchte noch einmal in den Landtag gewählt werden. Was später einmal kommen wird, ist noch nicht entschieden. Ob die Familie in Deutschland bleibt, vielleicht nach Italien zieht oder gar nach Syrien — nichts ist gewiss. Er, Jamal Karsli (Jamal heißt übrigens Schönheit auf arabisch, erklärt er lachend), möchte eigentlich nicht alt werden in Deutschland. „Ich hätte Angst davor, in ein Heim zu müssen, ich möchte nicht, dass man mich dort zur Verwahrung hinbringt.“ Dann vergleicht er wieder, denn: Wie war es doch anders, rührender in der eigenen syrischen Familie: Die Mutter sei mit 85 gestorben, im Kreise ihrer Lieben — und mit welcher Würde.

Reinhold Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 8. bis 11. Dezember 1999

- 8.12. **Bernd Schulte** (CDU), 50 J.
9.12. **Dr. Bernd Brunemeier** (SPD), 56 J.
10.12. **Ursula Monheim** (CDU), 60 J.
11.12. **Günter Weber** (SPD), 64 J.

★

Ursula Monheim (CDU), Landtagsabgeordnete, vollendet am 10. Dezember ihr 60. Lebensjahr. Die Philologin aus Leverkusen wurde in Münster geboren. Nach dem Abitur 1959 studierte sie Englisch und Russisch an der Universität Münster und arbeitete nach dem Staatsexamen 1965 dort von 1966 bis 1969 als wissenschaftliche Assistentin. 1986 wurde sie Mitglied im Vorstand des Katholikenrates Leverkusen. Seit 1992 ist sie Mitglied im Vorstand des Caritasverbandes und Vorsitzende des Vereins „Wort und Tat e.V.“. Seit 1994 gehört Frau Monheim dem Vorstand des Diözesanrates K&N und dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken an. Mitglied der CDU ist Ursula Monheim seit 1988. Dem Landtag gehört die verheiratete Mutter von drei Kindern seit 1995 an. Sie ist Mitglied in den Ausschüssen für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie Städtebau und Wohnungswesen.

★

Bernd Schulte (CDU), Landtagsabgeordneter aus Lüdenscheid, begeht am 8. Dezember seinen 50. Geburtstag. In seiner Heimatstadt geboren, studierte Bernd Schulte nach der Fachhochschulreife 1968 am Studieninstitut für Kommunalverwaltung in Hagen. 1971 wurde er Diplomverwaltungswirt. Er arbeitete dann als Verwaltungsbeamter bei der Stadt Lüdenscheid und beim Evangelischen Kirchenkreis Lüdenscheid. Der CDU gehört er seit 1969 an. Seit 1970 ist er Mitglied des CDU-Vorstandes des Stadt- und Kreisverbandes Lüdenscheid. Seit 1975 gehört er dem CDU-Vorstand Märkischer Kreis an. Seit 1990 Stadtverbandsvorsitzender, ist er seit 1993 auch Mitglied des CDU-Bezirksvorstandes Sauer-/Siegerland. Bereits seit 1984 hat der Politiker den Fraktionsvorsitz im Rat der Stadt inne. Dem Landtag gehört der verheiratete Abgeordnete seit 1995 an. Er ist Mitglied im Petitionsausschuss, im Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen sowie im Ausschuss für Verwaltungsstrukturreform.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Höhenstraße durchs Hochsauerland

„So ein schönes Land“, schwärmt Paul Dörr (64). Der Pensionär (Bild) ist fasziniert vom malerischen Sauerland. Hierhin, wo er aufwuchs, hat es ihn zurückgezogen, nachdem er viele Jahre als Seemann die Erde bereiste. Dann, nach seinem Berufswechsel zum Polizeibeamten, ließ er sich mit seiner Familie im 400-Seelendorf Langwiese bei Winterberg nieder. Seitdem setzt sich der engagierte und inzwischen pensionierte Mann für das Höhendorf und die Ferienregion ein. Die Krönung seines Engagements war die Einweihung der „Hochsauerland Höhenstraße“ im vergangenen Jahr durch den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten. Denn die Idee zur Ausweisung einer touristischen Panorama-Straße stammt von Paul Dörr. Die Route, die heute Winterberg, Schmallenberg und Medebach sowie die dazugehörigen Ortsteile miteinander als touristisches Ziel verbindet, ist 102 Kilometer lang. Parallel zur Höhenstraße verlaufen Spazier- sowie Fahrradwege. Die Fahrt auf der „Hochsauerland Höhenstraße“ beginnt in Winterberg. Von dort fährt man auf der B 236 in Richtung Neuastenberg, Langwiese und Hohenleye. Talwärts führt dann die Route an Vorwald vorbei nach Oberkirchen. Über Almert und Gratschaft mit seiner 1972 gegründeten Benediktinerabtei führt der Weg nach Schmallenberg. Anschließend geht es nach Wormbach, der Urpfarrei des Sauerlandes. Von Altastenberg aus, dem höchst gelegenen Ort Nordwestdeutschlands, sieht man bereits den „Kahlen Asten“. Über Winterberg erreichen fahrende Gäste nach einer Wanderung die Ruhrquelle.

Foto: LVV Westfalen/Andreas Dunker

Kap Kaminski in Not

Die Kuppel von Kap Kaminski war ein Wahrzeichen von Bochum. Doch im Ortsteil Sundern passiert ein Malheur. Die 20 Jahre alte Kuppel der Sternwarte stürzte in sich zusammen. Das Material war brüchig. Eine Spezialfirma sollte noch retten, was zu retten war. Doch mit einem lauten Knall riss die Kuppel in sich auseinander. Nun ragt die Weltraum-Parabolantenne von 20 Metern Durchmesser ungeschützt vor Wind und Wetter in den Revierhimmel (Bild rechts). Der Wiederaufbau soll eine Million Mark kosten. Professor Heinz Kaminski, der Gründer der Bochumer Station in den 60er-Jahren zu Weltruhm verhalf, hofft auf die Hilfe der Stadt sowie auf private Hilfe beim Wiederaufbau der Kuppel. Wegen des Winters drängt die Zeit.

